

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Kraftschiff: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1330
Groszstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 169.

Montag, 23. Juli 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Juli 28000.— Mark einschl. Bringerlohn. Für den Fall des Ausbleibens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Tages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 33 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 4000.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 1000.— Mark. Keine Tarife. Bewilligter Rabatt der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsstellen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigentell: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 23. Juli 1923.

Das „Moderne Theater“ Direktion Arthur Lorke. An die morgen Dienstag stattfindende Aufführung der Strauß'schen Operette „Der Jägerbaron“ sei nochmals erinnert. Es dürfte ein besonderer Genuss bevorstehen, umso mehr als Direktor Lorke für die überaus schwierige Partie der „Gispra“ Fräulein Elisabeth Dölnert vom Stadttheater in Breslau gewonnen hat.

Befolgungsvorschläge für Gemeinden. Denjenigen Gemeinden, Bezirks- und Gemeindeverbänden, deren Antrag auf Vorzubehaltung einmal anerkannt ist, wird zur Abholung der mit Wirkung vom 17. Juli 1923 ab erhobten Beiträge der mit Wirkung vom 1. Juli 1923 ab überschläglich errechneter Vorzubehaltung von 4400 Prozent der vom 1. Juli in Geltung gewesenen Grundbesitzerzuschläge Ortsaufschlag überwiesen werden. Die Vorzubehaltungen sind rechtskräftig noch im Verhältnis zu den früheren Grundbesitzern und Ortsaufschlägen festzustellen, weil bei der Kürze der Zeit eine Umrechnung nach den neuen Grundbesitzern und Ortsaufschlägen noch nicht möglich war. Um die Vorzubehaltung mit möglicher Beschleunigung zahlen zu können, ist unter Vorbehalt späterer Ausgleichs derselbe Prozentsatz zugrunde gelegt worden wie bei der vorläufigen Abschätzung. Die zur Abholung der örtlichen Sonderzuschläge nötigen Summen werden den in Betracht kommenden Gemeinden usw. zugleich mit überwiesen.

Umbenennung des sächsischen Kultusministeriums. Das Kultusministerium gibt eine Verordnung heraus, nach der die Bezeichnung Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts mit Rücksicht auf den in der Bewertung des Aufgabenspektrums dieses Ministeriums eingetretenen Wandel in Ministerium für Volksbildung umgeändert wird.

Nachtragsteuer für die Kirche. Das ev.-luth. Landesamt gibt eine Verordnung heraus, wonach auf das Rechnungsjahr 1923 von der Landeskirche und ihren Kirchengemeinden das Befehl der nach der letzten Veranlagung auf Grund der vorläufigen Kirchensteuerordnung vom 21. November 1922 erhobenen Steuerbeträge (Landeskirchensteuer und Kirchengemeindesteuer) als Nachtragsteuer erhoben wird.

Goldankaufpreis. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Reichspost erfolgt vom 23. d. Mts. ab bis auf weiteres zum Preise von 900 000 Mark für ein Zwanzigmarkstück und 450 000 Mark für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise bezahlt. Der Ankauf von Reichsbankmünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt vom genannten Tage an bis auf weiteres zum 20 000fachen Betrag des Nennwertes.

Der Monat August. Der dritte letzte Früh-Augustmonat ist der achte Monat unseres Kalenders, der August. Seinen Namen hat er nach dem römischen Kaiser Octavianus Augustus, der in dem Monat August die meisten seiner Siege erlitten haben soll. Bis auf Augustus hieß der Monat bei den Römern Sextilis, weil er im römischen Kalender der sechste Monat war. In den August fällt der größte Teil der Hundstage, die am 24. zu Ende gehen. Daraus ergibt sich, daß der August ein besonders heißer Monat sein soll. Daraus deuten noch die Bauernregeln hin, von denen eine lautet: „Was die Hundstage gehen, muß die Traube lähen“ und eine andere: „Je weniger Regen im August, je mehr Wein.“ Ein Sonntag fällt in der Tag-Luxurien. Von ihm heißt es: „Augustus heiter und gut, einen schönen Herbst verheißt.“ Der August hat 31 Tage, von denen vier Sonntage sind. Der 15. ist Maria Himmelfahrt, der in überwiegend katholischen Gegenden ein geschätzter Feiertag ist. In der Döryse Speyer und in der Erzdiözese Freiburg wird in ihm das Patronsfest gefeiert. Die Abnahme der Tageslänge ist im August bereits recht merklich, die Sonne geht am Ende des Monats morgens 43 Minuten später auf als am Anfang und abends am Monatsende 53 Minuten früher unter als am Anfang, so daß die Tage im Laufe des Monats um über anderthalb Stunden kürzer werden.

Meine. Dienstag abend 1/8 Uhr trafen die für die Meißner Gegend bestimmten Aufseher in Weißen ein. Hilfsbereite Hände nahmen den Kleinen ihr Gepäck ab und trugen es nach dem Dampfer Hofe. Dort wurden die Kinder mit Nudeln und Rindfleisch gespeist, deren Zubereitung die Damen des Landwirtschaftlichen Bezirksverbandes und Damen der hiesigen Bürgerchaft selbst übernommen hatten. Ein Knabe sprach ein Willkommenwort. Der Vorsitzende des Landwirtschaftlichen Bezirksverbandes Gutsherr Landtagsabgeordneter Schreiber (Mitschw) hielt an die Kinder eine Ansprache, in der er die Kinder und die Damen und Herren, die sich der mühevollen Aufgabe des Besuchs der Kinder unterzogen hatten, im Namen des Sächsischen Landbundes und Landwirtschaftlichen Bezirksverbandes herzlich willkommen hieß. Er, der seit Wochen sehnlichst erwartet, deren Antritt durch Niedertracht der Franzosen so lang verzögert worden sei. Wir nehmen euch, sagte Meißner, freudigen Herzens und mit offener Hand auf, wir werden euch hüten als ein von Gott und euren Eltern uns anvertrautes Pfand, wir werden euch pflegen wie unsere eigenen Kinder. Wir bitten aber auch um eure Liebe und euer Vertrauen, damit ein enges Band uns verbindet und ihr bald gekürt in die Arme eurer Eltern zurückkehren könnt, wenn die Schrecken der Besetzung beendet sind. Noch einmal wurden die Kinder mit Kakao und Kuchen bedacht, dann wurden die Meißner Kinder zur Bahn gebracht, während die übrigen, für die Sonntaglicher und Wilsdruffer Gegend bestimmten Kinder, in geschmückten

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 350875 Mk.

Leistung der ländlichen Industrie abgefordert wurden. Die Kinder des Meißner Bezirkes wurden von ihren Gastgebern gegen Abend in Gefährten abgeholt.

Dresden. Am Freitag verstarb hier im 86. Lebensjahre der sächsische Oberst a. D. Max von Witzern. Mit ihm ist der älteste Offizier der alten kaiserlichen sächsischen Armee von uns gegangen. Er war 1838 zu Schwarzenberg, C. geboren.

Dresden. Am 23. Juni war es in Niedersehlitz gelungen, den 37 Jahre alten Heiser und Maschinisten Alfred Johannes Flachs in dem Augenblicke zu verhaften, als er mit neun abgeschlachteten Säugern nach Dresden fahren und dort die Tiere im Wettiner Bahnhof verkaufen wollte. Der aus Bodenbach kommende Maschinist ist wiederholt empfindlich vorbestraft. Er wurde von sechs Staatsanwaltschaften wegen der verchiedensten Delikte rechtskräftig geurteilt. Flachs ist derjenige Unbekannte, der seit längerer Zeit als der Schredner der Meißner Gegend galt. Wahrscheinlich drang Flachs in Meißnerhöfe ein und erbeutete viele Hunderte von Säugern und anderen Tieren. Am 7. Juli wurde Flachs vom Untersuchungsgefängnis am Münchener Platz aus wegen einer Erkrankung nach dem Friedrichstädter Krankenhaus übergeführt, dort ist der gemeingefährliche Spikabe vor einigen Tagen entwichen.

Birna. Generalkonjunkt Wilhelm Kaufmann in Dresden, früherer Ratsbürger der Stadt Birna, hat aus Anlaß der Wiederwahl des ihm befreundeten Bürgermeisters Dr. Gajda dem Stadtrat einen Betrag von 70 Millionen Mark schenkungsweise übermitteln mit der Bestimmung, daß diese Summe zum weiteren Ausbau des sächsischen Sportplatzes an der Weststraße nach den Angaben und Bestimmungen des Bürgermeisters Dr. Gajda Verwendung finden soll.

Wilsdorf. Hier verschied im Alter von 74 Jahren Stadtrat a. D. Robert Friedrich. Der Verstorbenen, ein Veteran von 1870/71, war 29 Jahre lang Obermeister der hiesigen Wilsdorfmühle, die ihn, als er sich zur Ruhe setzte, zum Ehrenobermeister ernannte. Eine ebenso lange Zeit gediente er dem Stadtverordnetenrat und später dem Ratkollegium an. Auch war er 18 Jahre lang Mitglied der Gewerbestimme.

Bittau. Ein großartiges und weit ausgreifendes Projekt wird demnächst in Angriff genommen werden. Unter Führung der Stadt ist eine Aktiengesellschaft mit dem Zweck gegründet worden, auf dem Grundbesitz des Kaufhauses ein modernes Verwaltungsgebäude zu errichten. Die Finanzierung des Unternehmens geschieht durch die Stadt und die heimische Industrie. Es ist beabsichtigt, in dem Neubau die städtische Sparkasse und die Girokasse unterzubringen und dem Südläufer Arbeitsgebetenberand geeignete Geschäftsräume zu verschaffen. Außerdem sollen im Neubau auch gewerbliche Betriebe Unterkunft finden. Die Baustoffe für den Neubau sind vor einiger Zeit bereits in erheblichem Umfang von der Stadt beschafft worden.

Chemnitz. In der Zeit vom 12. Januar bis 23. Juni 1923 wurden bei der Trichinenschau im hiesigen städtischen Schlachthof mit Trichinen befallene gefunden: 4 Schweine und 28 im hiesigen Schlachthof geschlachtete Hunde, außerdem 6 Schweine, 234 Speck- und 84 Fleischstücke, die aus dem Reichsauslande eingeführt waren.

Wilsdorf. Ein junger Bauarbeiter aus Nachbarorten verunglückte ein 22-jähriges Mädchen trotz bester Gegenwehr. Die Ursachen konnten nicht festgestellt und verhandelt werden.

Grimma. Zwischen Schiffmühle und Rabenstein ging der 24 Jahre alte Schlosser Otto Reich aus Müllau in die Klippe, nachdem er von einem Unbekannten die fallende Kugel erhalten hatte, daß es nicht tief sei. Der des Schwimmens Unkundige verlor bald den Boden unter den Füßen und ertrank vor den Augen seiner entsetzten Braut.

In einer Badeanstalt bei der Grobmühle wagte sich der 20 Jahre alte Hohenboller Paul Wills Kaiser aus Wunsdorf, ein Schwimmer, in die Strömung, um nach einer nahen Insel hinüberzuschwimmen. Er ging plötzlich ohne Hilferuf unter. Wahrscheinlich hatte ihn ein Herzschlag getroffen.

Leipzig. Der Sächsische Hotelbesitzer-Verband Leipzig hat ab 16. Juli den Multiplikator für Zimmerpreise auf 18 000, vom 22. Juli ab auf 22 000 festgesetzt. Leipzig. Ein Tourist aus Leipzig wollte vorige Woche das Rudolph und Redelhorn im Ailgau besteigen. Als er Ende der Woche von der Tour nicht zurückkam, begab sich eine Rettungs Expedition für zwei Tage auf die Suche. Am zweiten Tage fand die Expedition den Herrn mit gebrochenem Tische auf. Der Tourist lag seit vier Tagen hilflos auf einer einsamen Stelle und konnte sich nicht weiterklimmen. Er wurde in das Krankenhaus gebracht.

Leipzig. Auf der Großen Leipziger Straßenbahn wird der Fahrpreis von Sonntag, den 22. Juli ab auf 4000 Mark erhöht.

Vofanuenfest in Riesa.

Die vereinigten Vofanuenchöre der evangelischen Jungmännervereine von Riesa und Umgebung veranstalteten am Samstag und Sonntag in unserer Stadt ein Vofanuenfest, das, von schönem Sommerwetter begünstigt, als bestes gelungen bezeichnet werden darf. Die Vofanuenblätter, die in großer Zahl erschienen waren, enthielten bereits am Sonntag auf dem Albertplatz der Einwohnerschaft einen Abendgenuß. Die herrlichen Lieder, die von den Chören vorgetragen und von den sehr zahlreichen Zuhörern dankbar aufgenommen wurden, bildeten einen schönen Auftakt zu dem eigentlichen Festtag, dem Sonntag.

Der Sonntag wurde eingeleitet durch einen Morgenmüll auf dem Albertplatz. Um 9 Uhr schloß sich in der Trinitatis-Kirche Festgottesdienst an. Eine wahrhaft erbebende Feierstunde von nachhaltiger Wirkung. Das Gotteshaus war recht gut besucht. Bei Eröffnung des Gottesdienstes begrüßte der Vofanuenchor die Gemeinde mit dem Choral: „Wenn ich ruhe zu Dir, Herr, mein Gott“. Dieser tongewaltige Gruß, sowie auch die übrigen Lieder, die die Kirchbesucher unter Orgel- und Orchesterbegleitung sangen, festelten zu immerer Andacht. Die Festpredigt hielt Herr Pastor Lange, Wilsdorf. Er lezte seiner Predigt die Bibelworte zu Grunde: 1. Brief Petrus, 2. Kap., Vers 24—25: „Welcher unsere Sünden selbst hinaufgetragen hat an seinem Leibe auf das Holz, auf daß wir, der Sünde abgetrieben, der Gerechtigkeit leben, durch welches Wunden ihr seid heil geworden. Denn ihr waret wie die irrenden Schafe; aber ihr seid nun bekehrt zu dem Hirten und Bischof eurer Seele.“ Der Herr Prediger richtete zunächst herzliche Worte an die lieben Bläser und deutete alsdann unter dem Gesang: „Christus für uns, Christus in uns“ der andächtig lauschenden Gemeinde die angelegenen Bibelworte. Das Te Deum im Wechselgesang des Chores und der Gemeinde bildete den Schluß des Gottesdienstes.

Von 11 Uhr an fand Blasmusik auf dem Rosenplatz statt. Eine prächtige Kutsche von Chören, lieber Volks- und Marschlieder wurde von den wackeren Bläsern unter der bewährten Leitung des Landesvofanuenmeisters Herrn Pastor Adolf Müller-Dresden zu Gehör gebracht. Auch diese Darbietung hatte eine große Zuhörerschaft angezogen.

Der Nachmittag vereinigte die Festteilnehmer von 1/4 Uhr ab zu einer Festversammlung im Stadtpark. Außer dargebotenen schönen Vofanuenvorträgen wurden Ansprachen gehalten und so manch gutes Wort an die Bläser und an die übrigen Festteilnehmer gerichtet. Herr Pastor Friedrich widmete den Vofanuenchören herzliche Dankesworte und entbot ihnen den Willkommenworts im Namen der Kirchengemeinde und seiner Vertreter. Im Namen der Stadtgemeinde hieß Herr Stadtrat Gutacker die Festteilnehmer herzlich willkommen. Herr Geheimrat Demmel vom Co.-luth. Landesamt dankte zunächst für die Einladung und übermittelte der Festgemeinde Riesa die herzlichsten Grüße des leider am Erntedankfest verstorbenen Landesbischofs. „Lobhinet Gott, lobhinet ihm, unserm König“. Damit wies Redner darauf hin, daß ein Königtum bestehen bleibe. „Und fragt ihr, wer er ist, er heißt Jesus Christ“. Von unserer Jugend sprach der geschätzte Redner: „Auf der einen Seite die Jugend, die nicht mehr an Gottes Wort glauben wollte, auf der anderen Seite eine Jugend, die fest glaubte an Gott den Vater. Redner erinnerte an die Zeit vor 100 Jahren, an die Herrscherzeit Napoleons. Den deutschen evangelischen Jünglingen rief er zu: „Wir schwören es euch, wir wollen den Himmel stürzen, es darf nicht Ruhe in unserer Seele werden, bis wir ihn gefunden haben. Mit Heren, Mund und Händen dankt alle Gott! — Herr Pastor Arnold-Großenhain sprach im Namen des zur Zeit beurlaubten Superintendenten und überbrachte Grüße und die besten Wünsche. Im weiteren Verlaufe seiner Ansprache wies er auf die Bedeutung der Vofanuenfeste hin und erläuterte eingehend die Zwecke und die Ziele der Vofanuenchöre. In teils humorvollem Vortrag schilderte alsdann der Landesvofanuenmeister Herr Pastor Müller-Dresden seine Erlebnisse während seiner mehrjährigen Tätigkeit als Vofanuenmeister. Die Freude am Vofanuenblasen sei überreich, es sei nicht nur eine äußere, sondern auch eine tiefe innere Freude, eine heilige Freude. „Wir blasen aus dem missionarischen Wollen.“ Auf seine Anregung wurde anschließend eine Sammlung freiwilliger Geldspenden für die Zwecke der Vofanuenchöre vorgenommen. — Vor Schluß der Festversammlung nahm Herr Pastor Luthardt Gelegenheit, den Vertretern der Behörden, allen übrigen Festteilnehmern, sowie denen, die ihr Haus gastfreundlich für Unterkunft der auswärtigen Gäste geöffnet hatten, herzlich zu danken.

Das Vofanuenfest fand seinen würdigen Abschluß mit dem Abendblasen, das von 1/8 Uhr ab im Hof des Festplatzes in Gröba stattfand.

Vom sächsischen Haushaltplan.

Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei schreibt: In einer kürzlich veröffentlichten Stellungnahme sind über den sächsischen Haushaltplan für 1924 Angaben enthalten, die nicht unwidersprochen bleiben können. Von den Ausführungen ist nur richtig, daß bereits Anfang Juni mit den Verhandlungen über die Aufstellung des Haushaltplans begonnen worden ist, um diesen rechtzeitig an den Landtag bringen zu können. Als Grundlage werden aber hierbei nicht, wie in der Notiz behauptet wird, die letzten Verhältnisse genommen. Vielmehr wird zunächst nur über die einzelnen Einkünfte dem Gegenstand nach mit den einzelnen Ressorts verhandelt, während die Beträge erst im

Derbitt einseitig werden sollen, um den Staatshaushaltsplan möglichst den im Zeitpunkt seiner Vorlegung bestehenden Verhältnissen anzupassen. Endgültige Entscheidungen über den Staatshaushaltsplan 1924 sind naturgemäß überhaupt noch nicht gefasst worden. Die Angaben der erwähnten Notiz über einzelne Einstellungen sind daher unzutreffend. Auch die bisher zur Förderung des Kleinhandels und Kleingewerbes eingestellten Verfügungsummen können schon deshalb nicht, wie behauptet wird, „künftig ganz in Betracht kommen“, weil auch bisher schon nur ganz allgemein eine Verfügungsumme zur Förderung der Gewerbe vorzusehen war, deren Streichung nicht beabsichtigt ist. Vor allem aber bedarf die Angabe der Wichtigkeit, daß die Regierung für die Weisburger Weltmesse einen Zuschuß von 1 1/2 Millionen Mark für ausreichend gehalten habe, während die Jahreschau in Dresden 6 Millionen Mark Staatszuschuß empfing. Abgesehen davon, daß es sich bei diesen Summen um Einkünfte in den Staatshaushaltsplan für 1923 und nicht für 1924 handelt, ist zu berücksichtigen, daß der Staatsbeitrag für das Weisburger Messeamt für die Weisburger Messe bei Aufstellung des Haushaltsplans für 1923 im Sommer vorigen Jahres bemessen worden ist, während die Einkünfte von 6 Millionen Mark für die Dresdener Jahreschau in den Nachtragplan für 1923 vom Landtag erst kürzlich, also unter gänzlich veränderten Verhältnissen, beschlossen wurde. Dagegen heißt die Höhe des Staatszuschusses für das Weisburger Messeamt nicht nur von 1924, sondern auch von 1923 überhaupt noch nicht endgültig fest. Jedenfalls kann damit gerechnet werden, daß auch der Staatszuschuß für 1923 wesentlich erhöht werden wird. In welchem Ausmaß, wird allerdings letzten Endes davon abhängen, was die Stadt Weisburg für ihre eigene Messe aufzubringen gewillt ist. Die Leistungen des Staates für die Weisburger Messe sind übrigens mit dem Beitrag für das Messeamt erlöslos. Insbesondere hat der Staat im Herbst vorigen Jahres unter günstigen Bedingungen Darlehen von 50 Millionen Mark an die Grassl-Textil-Webhaus-Aktiengesellschaft gewährt und sodann hat der Landtag ein weiteres Darlehen von 200 Millionen Mark an dieselbe Gesellschaft bewilligt. Außerdem Schweren zur Zeit Verhandlungen über die besondere Förderung der Weisburger Messe durch den Staat, die kurz vor dem Abschluß stehen. Aus alledem ergibt sich, daß die tatsächliche Bedeutung der Weisburger Messe in volkswirtschaftlicher Hinsicht und dieser jede nur mögliche Förderung zuteil werden läßt.

Zur Beamtenbefoldung

Die Ministerien des Innern, der Finanzen und des Kultus das Folgende bekannt:
1. Zur weiteren Ausführung des Beamtenbefoldungsgesetzes wird im Anschluß an die Verordnung vom 10. Juli 1923, S. 138, Staatszeitung Nr. 158, bestimmt:
a. Für die Zeit vom 17. bis 31. Juli 1923 an werden erhöht: der allgemeine Auszahlungssatz von 287 auf 271 v. D., die beruflichen Sonderzuschläge von 8 auf 16 v. D., von 17 auf 24 v. D., von 25 auf 30 v. D., von 34 auf 38 v. D., von 50 auf 118 v. D., die Ehefraueneihilfe von 100 000 auf 200 000 Mark monatlich.
b. Die hiernach auf Juli noch eintreffenden Beträge sind auf der Hälfte des sich für einen vollen Monat ergebenden Mehrbetrages zu berechnen und nach Maßgabe der verfügbaren Mittel ohne Verzug auszuführen.
c. Den Gehaltsrechnern für die Volks- und Fortbildungsschulen gehen besondere Gehaltsbogen zu; die Schulbezüge werden gemäß Ziffer 2 der Verordnung vom 8. Juni 1923, S. 108, angewiesen, die für die verlagswirtschaftlichen Zahlungen erforderlichen Mittel bei den Girostellen anzufordern.
d. Die erhöhten Bezüge für Juli erhalten anteilig auch die nach dem 10. Juli 1923 aus dem Staatsdienst ausgeschiedenen Beamten.
2. Die Vorschriften unter 1 gelten sinngemäß auch für die Behördenangestellten, die unter den Titeln Nr. 1531 m. H. V. vom 13. August 1920 fallen.
Verwaltungsarbeiter:
Das Ministerium des Innern, Personalamt, erläßt die folgende Verordnung:
Aus Anlaß der neuen Erhöhung der Arbeiterlöhne werden die Dienststellen angewiesen, allen unter den Tarifvertrag vom 4. April 1922 — 160 P. II — fallenden Verwaltungsarbeitern, die am 19. Juli 1923, dem Tage des Abschlusses der Lohnverhandlungen, bei der sächsischen Staatsverwaltung beschäftigt waren, am 29. Juli 1923 eine Abschlagszahlung auf die neuen Bezüge auszusuchen, und zwar a. den gegen Wochenlohn Beschäftigten in Höhe von 50 v. D. des bisherigen Wochenlohnes, b. den gegen Stundenlohn Nichtwohlohnbeschäftigten in Höhe von 50 v. D. ihrer bisherigen Wochenbezüge.
Die Abschlagszahlungen sind bei der nächsten Lohnzahlung zu verrechnen. Diese Verordnung gilt als Zahlungsanweisung für alle Behörden und Dienststellen im Bereiche der sächsischen Staatsverwaltung.

Schlüsse des Reichsrats.

Der Reichsrat hielt am Sonnabend nachmittags eine öffentliche Sitzung ab. Angenommen wurde, wie die „N. N.“ melden, eine Vorlage über Ausprägung von 240 Millionen Mark in 1000-Mark-Stücken aus Aluminium. Die äußere Ausstattung soll genau dieselbe sein wie bei den 200- und 500-Mark-Stücken, ein Unterschied besteht nur insofern, als auf der Vorderseite die Wertangabe in Worten gegeben ist. Der Durchmesser beträgt 31 Millimeter. — Der Reichsrat erklärte sich einverstanden mit einer Erhöhung der Höhe des Biersteuerbefreies vom 1. August an. Nach dem Gesetze ist der Finanzminister ermächtigt, die Steuer zu erhöhen, wenn die Brauereiertragskraft seit dem 15. Juni um wenigstens 25 Prozent gestiegen ist. Nun haben sich, wie der Referent erklärte, die Preise seitdem ungefähr um das Fünffache erhöht. Darum schlug der Finanzminister vor, die oben erst angenommene Höhe von 4100 bis 5000 Mark zu vermindern auf 20500 bis 25000 Mark. Der Steuerfuß für eingeführtes Bier soll von 17500 auf 25000 Mark erhöht werden. Entsprechend diesem Beschlusse wurden auch die Anteile der drei Staaten Württemberg, Bayern und Baden an der Biersteuererhöhung erhöht. Für Württemberg ist der Höchstbetrag nunmehr 1,9 Milliarden M., für Bayern 10 Milliarden M. und für Baden 1,3 Milliarden Mark. Namens der bayerischen Regierung erbot Staatsrat Dr. von Wolf Einspruch gegen die Verbilligung. Bayern stimmte gegen diese Vorlage. — Angenommen wurden Ausführungsbestimmungen zur Biersteuer, zur Leuchtstoffsteuer und zur Säbwarensteuer. Der Zuschlag zur Kraftwagensteuer wurde auf das 50fache erhöht. Die Erhöhung soll am 1. August in Kraft treten. Schließlich erklärte sich der Reichsrat einverstanden mit einer neuen Verordnung des Finanzministers, wonach vom August ab die Höhe von der Lohnsteuer für Verdunftslohn vermindert werden. Der Vertreter Thüringens erbot aufs Entschiedenste Einspruch gegen diese Verordnung, weil dadurch die Finanzen der Länder und Gemeinden ungünstig beeinflusst und Thüringen allein jährlich 784 Millionen Mark weniger einnehmen würde.

Ausnahme

„c. Valutapflichtverordnung.“

Der Reichswirtschaftsminister gibt in einem Schreiben an die Spitzenverbände des Handels und der Industrie zur Bedienung der gegenwärtig einsetzenden Störung im Waren- und Zahlungsverkehr folgende Ausnahme von § 2 der Valutapflichtverordnung bekannt:
Es wird vorübergehend und zwar vorläufig bis zum 15. August d. J. zugelassen, daß für Einfuhrwaren und Waren, die überwiegend aus eingeführtem Material hergestellt sind und die schon bisher Abnehmer auf Valuta- oder Goldbasis berechneten wurden, Devisen, die im Besitz der Abnehmer sind, in Zahlung gegeben und genommen werden dürfen, sofern der Umlauf nicht im Kleinhandelsverkehr erfolgt und sofern der Verkäufer der Devisen (Lieferant der Ware) entweder selbst im Besitz einer Handelskammerbescheinigung befindet oder dem Käufer die Erklärung abgibt, daß er die Devisen binnen zwei Wochen an die Reichsbank oder an einen im Besitz einer Handelskammerbescheinigung befindlichen namentlich zu nennenden Einzahlungsstellen weitergibt. Abschrift dieser Erklärung hat der Käufer unverzüglich an die Devisenbescheinigungsstelle zu senden, widrigenfalls die Ausnahme nicht लागू greift und die Zahlung in Devisen strafbar bleibt. Da die hiermit bewilligte Ausnahme nur den gegenwärtigen Notstand mildern und vorhandene Devisen für den Einfuhrbedarf schnell nutzbar machen soll, wird diese Vorkaufsmaßnahme wieder aufzuheben sein, sobald es gelingen wird, die stärkeren Devisenpartierungen zu vermindern oder etwa durch Einführung eines Goldverkehrs die zur Zeit obwaltenden Schwierigkeiten zu beheben. Der Minister bemerkt ausdrücklich, daß die Verpflichtung zur Ablieferung von Exportdevisen durch diese Ausnahme nicht berührt wird, und daß weder der Lieferant berechtigt ist, von dem Abnehmer Devisenabgabe zu fordern, noch der Abnehmer behauptet, sich zum Zweck der Begleichung solcher Inlandsverbindungen ausländische Zahlungsmittel durch Ankauf zu beschaffen.
Der Inhalt dieses Schreibens an die Spitzenverbände wird als Verordnung in diesen Tagen näher bestimmt bekannt gegeben, unbeschadet der sofortigen Wirksamkeit.

Deutsch-russische Warenausfuhr.

Die neu begonnene Ausfuhr russischen Getreides und die günstigen Aussichten für die diesjährige Ernte Rußlands haben zu einem ersten Schritt geführt, um auf der alten Grundlage der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen zu einer neuen Regelung der bisherigen Geschäftsbeziehungen zu kommen. Am 5. Juli d. J. ist zwischen der Reichs-Redit-Gesellschaft bzw. Reichsgetreidestelle und der Handelsvertretung der R. S. F. S. R. in Deutschland ein Lieferungsabkommen abgeschlossen worden. Die russische Handelsvertretung wird danach der Reichsgetreidestelle 20 Millionen Pfd. Getreide liefern, deren Abladung in kürzester Zeit beginnen und bis Ende November d. J. abgeschlossen sein soll. Das Getreide wird deutscherseits in Anlehnung an die Formen des früheren russischen Getreidegeschäftes beschaffen und ein wesentlicher Teil des Ertrages in deutschen Industriewertpapieren angelegt werden. Es ist zu hoffen, daß dieses im Rahmen der bisherigen russischen Getreideausfuhr sich haltende Geschäft gelassen wird, wie mit dem Steigen der russischen Produktion die alten normalen Grundlagen der Wirtschaftsbeziehungen Rußlands mit dem Auslande wieder zur Geltung zu kommen beginnen.

Unruhen in Gleiwitz.

Am Sonnabend kam es auch in Gleiwitz zu Unruhen, die aber keinen ernstlichen Anfang nahmen. Die Bevölkerung zwang einige Lebensmittelgeschäfte, zu herabgesetzten Preisen zu verkaufen. Dank dem Eingreifen der Schutzpolizei war die Ordnung bald wieder hergestellt, ohne daß es zu Zusammenstößen kam.

Die Ereignisse in Breslau.

Am Spätnachmittag des Sonnabend waren noch 150 Personen in Haft, die anderen wurden entlassen, da die Voraussetzungen für die Verschuldigung eines schweren Landesfriedensbruches nicht vorliegen, sondern lediglich die Teilnahme an Zusammenrottungen. Ein Teil der geraubten Waren ist bereits zurückerstattet worden.
Im Laufe der späten Abend- und der Nachtstunden des Sonnabends kam es zu weiteren Plünderungen, wobei die Polizei wiederholt von der Schutzwache Gebrauch machen mußte und zahlreiche Verhaftungen vornahm. Der Schaden, den die Stadt erleidet, beträgt mehrere Milliarden. Ein Teil der Geschäfte hatte noch geschlossen. Nach polizeilichen Feststellungen beträgt die Zahl der Toten 6, die der Verwundeten 12 bis 15.
Der gestrige Sonntag verlief ruhig. Von Ausschreitungen ist nichts bekannt geworden. In den Straßen der Stadt patrouillieren dauernd starke Aufgebote von Sicherheitspolizei, unterstützt von Zivilpersonen. Die Bürgerchaft ist aufgefordert worden, sich dem Schutzdienst zur Verfügung zu stellen. Die Plünderungen sind regelrecht programmatisch vor sich gegangen. Angehört bekanden für die heimzuziehenden Geschäfte Waren, in welcher Reihenfolge die Ausschreitungen zu bewirken wären unter Berücksichtigung der erwartenden Eindrücke durch die Polizei. Von den geraubten Stoffen, Kleidungsstücken etc. sind bereits am Sonnabend große Posten dem Polizeipräsidium zugeführt worden, die von Personen, die freiwillig oder unfreiwillig, in den Besitz der Werte gelangten, herührten.

Eine Antwort der Reichsregierung zum Falle Ehrhardt.

Am 14. wird aus Berlin mitgeteilt: Die Tageszeitungen veröffentlichten eine Erklärung der Sächsischen Nachrichtenstelle über die Vorgänge, die zur Flucht Ehrhardts geführt haben. Der Reichsjustizminister hat Verantwortung genommen, den Präsidenten des Staatsgerichtshofes um eine Mitteilung über die tatsächlichen Vorgänge zu ersuchen. Das Ergebnis wird der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. Gegenüber der von der Sächsischen Nachrichtenstelle gegebenen Darstellung ist schon jetzt folgendes hervorzuheben: Entscheidungen, die der Präsident des Staatsgerichtshofes im Rahmen der ihm zustehenden gesetzlichen Befugnisse (§ 118 der Strafprozeßordnung) über den Umfang der dem Untersuchungsgefängenen Ehrhardt in der Haft aufzuerlegenden Beschränkungen getroffen hat, konnten die sächsischen Befugnisse nicht der Verpflichtung übergeben, den ihrem Gewohrham anvertrauten Gefangenen den bestehenden Vorschriften gemäß sicher zu verwalten. Wäre dies geschehen und nicht dem Gefangenen vor seiner Flucht verbotswidrig Bewegungsfreiheit im Gefängnis ohne Aufsicht gelassen worden, so wäre die Flucht nicht möglich gewesen.
Die Flucht für Menschenrechte hat auf Grund der Angaben der sächsischen Regierung ein Telegramm an den Oberstaatsanwalt in Leipzig geschickt und die strafrechtliche Verfolgung des Senatspräsidenten Dr. Schmidt verlangt, da er verdächtig ist, nach § 121 Str. O. V. die Flucht Ehrhardts sachlich gefördert zu haben.
In dem Prozeß gegen die Prinzessin Margarete von Hohenzollern-Dehringen in München-Vallung wegen Meineids am Montag dem achten Senat des Staatsgerichtshofes sind 19. Jenseitig ge-

den, darunter Reichsgerichtsrat Dr. Meh, der seinerseits die Verhaftung Ehrhardts in München vorgenommen hat, und Oberpräsident Köstler. Die Verhandlungen leitet der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes, Senatspräsident Dr. Schmidt. Die Anklage vertritt Oberstaatsanwalt Dr. Ebermayer, die Verteidigung ruht in den Händen der Rechtsanwälte Schneidewitz-München und Dr. Kraße-Weipzig.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik verhandelt heute in der Hochverratskammer Ehrhardt gegen die Prinzessin Margarete von Hohenzollern-Dehringen wegen Meineids. Die 20 Jahre alte Prinzessin ist eine Tochter des verstorbenen Prinzen Maximilian. In ihrem Hause in München wohnte im November v. J. Ehrhardt unter dem Namen eines Herrn von Schwabe. Bei ihrer Vernehmung durch Reichsgerichtsrat Dr. Meh am 10. 11. 22 gab die Prinzessin unter Eid an, Ehrhardt nur oberflächlich zu kennen. Zwei Stunden später widerrief sie jedoch freiwillig ihre Aussage dahin, daß sie Ehrhardt genau kenne und ihn auch beherbergt habe. Ihre falsche Aussage habe sie gemacht, weil Ehrhardt ihr gelobt habe, „Ehrhardt“ erkläre nicht mehr, sondern nur noch „Herr von Schwabe“. Der Widerruf erfolgte aber erst, nachdem die Prinzessin erfahren hatte, daß auch sie belastet sei. Das Gericht hat darüber zu entscheiden, ob ein wesentlicher Meineid vorliegt, wie die Anklage annimmt, oder ein im guten Glauben gefehlter Falschheit. Vom Weipziger Polizeipräsidium sind Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Nach Eröffnung der Verhandlung wird sofort in die Vernehmung der Prinzessin eingetreten, die in eigener Kleidung erschienen ist. Ehrhardt hat sie auf dem Schloß ihres Onkels in Oberhiesleben kennen gelernt. Zur Zeit des Kapp-Zuilsches war sie in Berlin. Ueber Ehrhardts Rolle dabei erklärte sie: „Was eigentlich los war, habe ich nicht recht begriffen.“ Im Dezember 1920 ging sie nach München. Dort habe sie zufällig Ehrhardt auf der Straße getroffen und sei des Abends mit ihm zusammen gewesen. Ehrhardt selbst wohnte dann mit seiner Familie in Schallau bei Riezbach. Von dort hat er die Angeklagte öfters telefonisch angerufen. Im März 1922 sei sie nach München-Vallung gezogen und habe Ehrhardt zu sich genommen. Als ihr vorgehalten wurde, daß sie doch gewußt habe, daß Ehrhardt Redaktionschef verlosst werde, erklärte die Angeklagte: „Es war meine Idee, daß Ehrhardt damit, daß er einen anderen Namen angenommen hatte, ein anderer geworden und daß die Angelegenheit Ehrhardt damit erledigt sei.“

Der Staatsgerichtshof hat auf die Beschwerde der Prinzessin Hohenzollern-Dehringen über die strenge Durchführung der Untersuchungsmaßnahme in nichtöffentlicher Sitzung beschlossen, daß der Untersuchungsgefängenen ihre eigene Kleidung zu überlassen ist. Weiter ist ihr eigene Bekleidung gestattet, soweit dies in der Gefangenenanstalt möglich ist. Weiter wird sie dem Untersuchungsrichter nicht mehr mit verbundenen Augen vorgeführt. Außerdem darf sie die üblichen Sozialerlässe machen und zwei Zeitungen lesen, die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ und die „Münchener Neuesten Nachrichten“.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 23. Juli 1923.

Eine sächsische Note an Frankreich.
Paris. Nach einer Staats-Meldung aus Santiago de Chile veröffentlichte die Blätter eine diplomatische Note der sächsischen Regierung an Frankreich, in der die Ermächtigung zur Ausfuhr von für Chile gekaufte Waren aus dem Ruhrgebiet gefordert wird.

Eine Konferenz der sozialistischen Internationalen.
London. Eltern wurde in London eine Konferenz abgehalten, die vom Büro der sozialistischen Internationalen einberufen war, um die internationale Lage und den von den Parteien der einzelnen Länder eingenommenen Standpunkt zu erörtern. Anwesend waren: Leon Blum-Frankreich, Adolf Braun-Deutschland, Randerwilde-Belgien, Ramsay MacDonald, Shaw und Arthur Henderson für Großbritannien. Die Konferenz beschloß im Hinblick auf den gegenwärtig im Gang befindlichen Austausch von Noten und Ansichten zwischen den alliierten Regierungen, das englische Unterhausmitglied Shaw zu ersuchen, sich nach dem Ruhrgebiet zu begeben und nach der Rückkehr zu berichten, welche Schritte getan werden könnten, um zu einer befriedigenden Lösung des Problems zu gelangen.

Zur Abrüstungsfrage.
London. Heute wird im Unterhaus der Beschlußantrag über die Abrüstung zur Erörterung kommen, in dem die Regierung aufgefordert wird, unersichtlich Schritte zur Einberufung einer internationalen Konferenz zu unternehmen, welche die Aufgabe haben wird, sich mit dem Problem der nationalen Sicherheiten unter dem Gesichtspunkt zu befassen, daß der Frieden und die Freiheit der kleinen und großen Nationen nur durch Abrüstung gesichert werden können. Außer dem Antragsteller MacDonald werden dem Daily Telegraph zufolge voraussichtlich auch der Premierminister und Asquith sprechen.

Eine Anfrage der Liberalen im englischen Unterhaus wegen der Ruhrbesetzung.
London. Wie der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erklärt, beabsichtigen die nationalen Liberalen, am Donnerstag die Frage der Ruhrbesetzung und die dadurch verursachte Verwirrung des Handels im Unterhause zur Sprache zu bringen. Die Regierung möchte, daß die Reparationsdebatte bis nächste Woche verschoben werde, da man dann im Besitz der Auffassungen der verschiedenen alliierten Regierungen über die Antwort auf die deutsche Note sein werde.

Nicht unbedingt pessimistisch.
London. Der diplomatische Berichterstatter des „Observer“ schreibt, der Wortlaut des britischen Antwortentwurfs sei durchaus nicht endgültig und unabänderlich, sondern werde beträchtlich verändert werden können, entsprechend den Bemerkungen, die von den verschiedenen Empfängern eintreffen werden, vorausgesetzt, daß diese Bemerkungen die Hauptgrundzüge der britischen Politik unangehört liegen. Der Berichterstatter macht über den mutmaßlichen Inhalt des Entwurfs folgende Angaben: Antwortentwurf an Deutschland: 1. Das Angebot Deutschlands, die Entsendung einer internationalen Kommission zu unterwerfen, wird grundsätzlich angenommen. 2. Das Angebot von Plänen wird gewürdigt, gleichzeitig wird angedeutet, daß die Frage, ob sie ausreichen oder ausgedehnt seien, sorgfältig geprüft werden muß. 3. Ein unbedingter und vorsichtiger Ratsschlag bezüglich der Zweckmäßigkeit einer Aufgabe des westlichen Ruhrgebietes.

Mantelnote an Frankreich und die anderen Alliierten:
1. Solle Anerkennung des Ruhrkampfes Frankreichs auf Reparationen; 2. freundschaftliche, aber unabweisliche Vorstellungen wegen einer Abänderung des Regimes im Ruhrgebiet; 3. Die Bereitwilligkeit wird ausgedrückt, die ganze Frage der Schulden der europäischen Alliierten im geeigneten Augenblick zu erörtern. — Zum Schluß schreibt der Berichterstatter, man erwarte keine Antwort von Paris vor Ende der Woche. Sollte aber der Reparationsstreit noch immer ungerührt sein, wenn die Völkerbundversammlung am 8. September zusammentritt, dann würde der Streitfall bestimmt als dringende Angelegenheit auf der Tagesordnung vorgebracht werden. Die Erkenntnis dieses Urstandes werde Frankreich vielleicht veranlassen, seine Entscheidung zu beschleunigen.

Vermischtes.

Explosion in einem Kilmateller. Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich am Donnerstag im Kilmateller in Weihenstephan. Hier war man damit beschäftigt, Aufnahmen zu dem Paul-Veni-Film „Das Wachsfigurenkabinett“ zu machen. Als Explosionsgrund ist anzusehen, daß verfehlend ein falsches Pulver, das zur Erzeugung gewisser Rauchwirkung dient, verwendet wurde. Die Explosionskraft des Pulvers, der neben der Explosionskammer im Glashaus stand, erhielt lebensgefährliche Verletzungen und fand gemeinsam mit dem Arbeiter Joske im Weihenstephaner Krankenhaus Aufnahme. Der leitende Regisseur Paul Veni ist den Verunglückten die brennenden Kleider vom Leibe und verbrannte so noch schwerere Verletzungen. Weiter wurde der Schauspieler Jannings an den Augen verletzt.

Flammenteod zweier englischer Flieger. Eine Flugzeugkatastrophe hat sich in einem Londoner Vorort abgepielt. Der Fliegeroffizier Louis Trapagna verlor bei Begleitung seines Kameraden, des Leutnants Voss, von dem Flugplatz Reuten zu einem Probeflug aufsteigen. Der Apparat bestand aus fünf Minuten in der Luft, als er plötzlich mit der Geschwindigkeit eines Geschosses zur Erde niederfiel. Unter furchtbarem Getöse bohrte er sich in das Dach einer großen Villa. Der Benzintank entleerte sich flugengelassen, der noch über 500 Liter Brennstoff enthielt, schlug auseinander, das Benzin strömte in die unteren Kammern der Villa und entzündete sich unglücklicherweise im gleichen Moment, so daß es einem Flammenmeer gleich nach unten sich ergoß. In wenigen Augenblicken gleich ins Sandhaus einem brennenden Schletterhaufen, aus dem die Trümmer des Flugzeuges gepeitscht hervorsprangen. Die Feuerwehr, die nach zehn Minuten an der Unglücksstelle eintraf, konnte nichts ausrichten. Die Ueberreste der völlig eingescherten Villa sind vier geschwundene Mauern. Der Eigentümer konnte sich und seine Familie noch rechtzeitig in Sicherheit bringen. Von den beiden Fliegeroffizieren war keine Spur mehr vorhanden.

Ein Luftschiff ins Meer gestürzt. Das amerikanische Luftschiff, dessen Flugversuche in der letzten Zeit Aufsehen erregten, ist mit 32 Personen an Bord auf einer Höhe von 100 Metern in das Meer abgestürzt. Drei Personen sind schwer verletzt. Der Bau des Schiffes, das bei dem Sturz vollkommen in Flammen ausging, hat 1,5 Millionen Dollar gekostet.

Schweres Eisenbahnunglück in Bulgarien. Auf der Eisenbahnlinie Sofia-Barna in der Nähe von Plewna stießen auf freier Strecke zwei Personenzüge aufeinander. Mehrere Wagen der beiden Züge wurden vollständig zertrümmert. Sieben Personen wurden getötet und acht schwer verletzt. Die Ursache des Unglücks soll die vorrückschreitende Abfertigung des einen der beiden Züge sein.

Revolte im Gefängnis. Im Gefängnis in Madrid brach gestern am späten Abend eine Revolte aus. Ein hartes Aufgebot von Schutzpolizei mußte eingreifen.

Autounfälle. In Stuttgart wurde die Automobil-Reichsstadt mit einem Bergrennen über 500 Kilometer beschlossen. Nach dem Rennen gab es einen schweren Unfall. Ein an der Reichsstadt nicht beteiligtes Automobil fuhr bei der Rückfahrt gegen einen Baum und stürzte um. Der Fahrer war sofort tot; eine Insassin wurde schwer verletzt. — Ein Auto, das den Rennverein in Wasserfreunde zu einem Schwimmfest nach Erfurt bringen sollte, fuhr unterwegs infolge Reifens der Bremskette in wilder Fahrt den Waldner Berg hinauf und stieß am Fuße des Berges gegen eine Mauer. 20 Personen erlitten sehr schwere, zum Teil lebensgefährliche Verletzungen.

Verbrecher in Ferien. In den Sommermonaten sind gewisse Formen des Verbrechens, wie z. B. Diebstahl, Zuzelen- und Taschendiebstahl, in den Großstädten seltener. Das kommt daher, daß die eleganten Verbrecher sich in diesen Monaten, in denen es in dem Häusermeer nicht angenehm ist, nach den Erholungs- und Badeorten zurückziehen. Immerhin bleiben noch genug zurück, um die durch die allgemeine Heißzeit günstiger gewordenen Gelegenheiten des Einbruchs auszunutzen. Der Verbrecher in Ferien bestimmt sich je nach der „Sozialität“, in der er arbeitet, sehr verschieden. Wie der Kriminalist G. T. Grod ausführt, lieben es die Juwelendiebe, das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden. Sie bevorzugen die elegantesten und

besuchtesten Etablissements mit großen Hotels und Pensionen, und da doch niemand weiß, daß ihre Fingerabdrücke in den Registern der Polizei zu finden sind, so gehen sie für ehrenwerte Mitglieder der Gesellschaft und üben ihr Geschäft in den Schlafzimmern und Garderoben der Mitbewohner aus, ohne irgend welchen Verdacht zu erwecken. Die Hochkrieger dagegen, die Aristokraten der Verbrecherwelt, verbringen ihre Ferien meist in stillen, abgelegenen Erholungsorten und halten sich während dieser Zeit vom Geschäft vollkommen fern. Sie spielen den ganzen Tag über Tennis und Golf und rufen sich die Herren aus, die durch die anstrengende Arbeit während der Saison ermüdet worden sind. „Ich dinierte neulich“, schreibt Grod, „in einem bekannten Restaurant neben zwei intimen Freunden von „Blutiger Bill“, dem Führer der Schwindler, der diesen Winter in Paris zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Sie hatten vor einigen Tagen dem einseitigen Tohn einen bekannten Millionär 11 000 Reichsmark abgenommen, und ihr Gespräch drehte sich um die Frage, ob sie nach den Vereinigten Staaten oder nach Devonshire gehen sollten. Zweifelloser bedeutete Amerika Arbeit und Devonshire Ferien. Sie entschieden sich für das Beste und sie konnten sich auch rubia etwas erholen.“

Die Geheimnisse des Telefons. Eigentlich ist das Telefon dazu da, daß es allen denen, die mit einem Teilnehmer sprechen wollen, die Möglichkeit gibt, sich sofort an sie zu wenden. In Wirklichkeit aber gibt es viele Ausnahmen von dieser Regel. Der heute eine bekannte Persönlichkeit anrufen will, die ihrer Stellung und ihrem Geschäft nach unbedingt einen Anruf haben möchte, sucht nicht selten im Verzeichnis vergebens und erhält auch vom Amt keine Auskunft. Diese in der greulichsten Distanz stehenden Leute wissen genau, welche Gefahren der Telefonanruf für sie mit sich bringt, und um sich ein ruhiges Privatleben zu erhalten, haben sie dafür gesorgt, daß ihr Name nicht im Verzeichnis steht und daß ihre Telefonnummer niemandem gelogt werden darf. Nur ihre intimen Bekannten wissen die Nummer, und es ist ein Zeichen großen Vertrauens, wenn sie diese einem Fernstehenden verraten. In den Pariser Telefonbüchern gibt es sogar „rote Listen“, in denen die Namen der Teilnehmer eingetragen sind, die nicht genannt werden wollen, und es ist den Beamten aufs Strengste verboten, ihre Nummern mitzuteilen.

Der eisgekühlte Tanz. In heißen Tagen muß man schon ein sehr leidenschaftlicher Tänzer sein, um sich diesem anstrengenden Vergnügen hinzugeben, und wenn auch bei Steidheide die Tanzsäle gefüllt sind, so ist jedenfalls der Besuch ein sehr zweifelhafter. Das ist aber nur bei uns der Fall, wo man in der Pflege des Balls noch nicht so weit gekommen ist, wie in der neuen Welt. In Amerika will man auch bei der heißesten Temperatur in eleganten Badeorten auf das Vergnügen des Balls nicht verzichten, und so ist denn der „eisgekühlte Tanz“ in Mode gekommen. Wirt man einen Blick in den Tanzsaal eines der prachtvollen Kurhäuser in den amerikanischen Badeorten, so findet man einen luftigen, von einem geheimnisvollen blauen Licht durchfluteten Raum, in dem eine Fontäne ihre kühlenden Wasserstrahlen sprudeln läßt und an den Fenstern das Eis in großen Behältern langsam schmilzt, während sich zu einer köstlichen Musik die Paare auf einem selbsteingewärmten Fußboden, der Heißheit des Raumes angemessen, ruhig dahindrehen. Der Kampf gegen die Hitze, der in den von furchtbaren Temperaturen heimgesuchten amerikanischen Großstädten so eifrig geführt wird, hat auch im Ballsaal gefiegt und durch eine Fülle von Vorkehrungen den Tanz zu einer Freude gemacht, selbst wenn draußen die größte Hitze herrscht. Bei uns begnügt man sich höchstens mit gewissen Ventilationsvorrichtungen. In den Vereinigten Staaten aber ist die Zuführung von frischer Luft durch elektrische Fächer usw. zur höchsten Vollkommenheit ausgearbeitet. Außerdem treibt man eine bei uns unbekannte Vorrichtung mit Eis. Eis steht nicht nur in großen Gefäßen auf jedem Tisch, wird mit jeder Wassertrappe gereicht, ist in jedem Getränk vorhanden, sondern auch die Fenster sind sogar mit Eis verbarrierbar, so daß die Hitzestrahlen durch diese kalte Wand nicht hindurchdringen können. Eine große Bedeutung mißt man jedoch der Färbung des Lichtes bei. Man unterscheidet zwischen warmen und kalten Farben und hält darauf, daß im Ballsaal jede grelle Farbe ausgeschaltet wird und der ganze Raum in eine kühle, dämmerige Atmosphäre getaucht ist. Die elektrischen Fächer, die kühle Luft zuführen, sind mit Blöcken von

Woll umgeben, so daß sie keine Wirbeln in der Luft verdrängen und kalte Strömungen durch den Saal verbreiten. In Rio de Janeiro, wo ebenfalls im Sommer viel und bei großer Hitze getanzt wird, ist man darauf verfallen, zwischen zwei Tänzern immer eine kurze abkühlende Automobilluft zu unternehmen und sich dadurch von den Anstrengungen des Tanzes zu erholen.

Kunst und Wissenschaft.

Von der Universität Leipzig. Der ordentliche Professor, an der Universität Heidelberg, Dr. Theodor Krauer, ist zum ordentlichen Professor für Musikwissenschaft in der Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig ernannt worden. Der **Scharlachbazillus entdeckt?** Nach Meldungen mehrerer Blätter aus Rom soll es dem Direktor der Kinderklinik in Palermo di Cristina und dem Direktor der Kinderklinik in Rom Caronia gelungen sein, den Scharlachbazillus zu entdecken.

Sport.

Ehrenpreis für turnerische und sportliche Leistungen. Der Reichspräsident hat, um für die am Verfassungstage stattfindenden sportlichen Wettkämpfe eine besondere Anregung zu geben, einen Ehrenpreis für turnerische und sportliche Leistungen ausgesetzt. Er besteht in einer von dem Bildhauer Alfred Bode entworfenen Plakette, die auf der Vorderseite einen Adler in natürlicher Form vor der aufgehenden Sonne und die Inschrift „Verfassungstag 1928“ auf der Rückseite einen Eichenzweig und die Worte „Ehrenpreis des Reichspräsidenten“ zeigt.

Volkswirtschaftliches.

Die außerordentliche Generalversammlung der Aktionäre der Riesaer Bank vom 21. ds. Mts. erteilt die Genehmigung zu der von der Verwaltung beantragten Kapitalerhöhung von 30 auf 100 Millionen Mark durch Ausgabe von 70 Millionen Mark Inhaberkontomaktien mit Dividendenberechtigung ab 1. ds. Mts. Von den neuen Aktien sind 29 Millionen Mark den bisherigen Aktionären im Verhältnis von 1:1 zum Kurs von 2000 Prozent ausständig. Schlußkassenkempel zum Besuche anzuweisen, während die restlichen 41 Millionen Mark im Gesellschaftsinteresse bestmöglichst verwertet werden sollen. Das Stimmrecht der bestehenden Vorzugsaktien wurde von 18 auf 70 Stimmen pro 1000 Mark erhöht. Ueber die geschäftliche Entwicklung äußerte sich die Verwaltung befriedigend und wurde von dieser ein günstiges Jahresergebnis in Aussicht gestellt. Die Durchführung der Kapitalerhöhung soll in aller Kürze erfolgen. Anmeldungen auf die freien Stücke können bereits jetzt an der Hauptkass der Bank in Riesa abgegeben werden.

Die Teuerungszahlen des sächsischen Arbeitsministeriums.

Teuerungszahl gegenüber Vorkriegszeit	Durchschnitt	Steigerung Prozenten
— 93—89	— 100	gegen die Vorwoche
16. bis 22. Juli	2507879	150083 42—93 %

Marktberichte.

Auf dem Großenbäcker Wochenmarkt stellten sich am Sonnabend die Preise pro Pfund wie folgt: Erdbeeren 7000 M., Heidelbeeren 8000—10000 M., Johannisbeeren, rote 6000—7000 M., schwarze 6000 M., Stachelbeeren 2000 bis 3000 M., Himbeeren 10000 M., Gurken, grüne, fleißig 8000—10000 M., Karotten, junge, das Bündchen 700 M., Kartoffeln, neue 4000 M., Röhren 5000—6000 M., Äpfeln 5000—6500 M., Blumenkohl, fleißig, der Kopf 3000 bis 4000 M., Kohlrabi, junger, der Kopf 500—700 M., Weißkohl 15000—20000 M., Radieschen, das Bündchen 250—300 M., Rhabarber 400 M., Salat, fleißig, die Stauden 400—500 M., Schoten 4000—6000 M., Spinat 1500 M., Tomaten 14000 M., Zwiebeln, das Stück 40—100 M.

Blammen.

Roman von Hans Schulze.

45. Fortsetzung.

Die meisten der aus Amerika nachgelassenen Frachtkisten fanden noch ungeschädelt, als hätte er geglaubt, daß seines Lebens in Bahlowitz nicht von langer Dauer sein würde.

In einer knappen halben Stunde war alles wieder verpackt und verpackt; dann leerte er in seinem Schlafzimmer sämtliche Schränke und Schubladen und stopfte Wäsche und Kleidungsstücke, Stiefel und Toilettegegenstände wahllos in seine beiden Kofferkoffer.

Als eben wollte das Kavalleriehaus bis spätestens zum Nachmittag verlassen haben, ehe das Gerücht seines Abzuges bis auf den Wirtshausstempel gedrungen war.

Ein paar Karten aus dem Bahlowitzer Dorfzug würden der gesellschaftlichen Form eines Abschiedes vom Schloß genügen, während er im Amtshaus und bei Bahor Hagedorn noch einmal persönlich vorzusprechen beschloß.

Und vierundzwanzig Stunden später sah er hoffentlich bereits im Frühzuge nach Berlin, und alles war vorbei.

Mit einem wehmütigen Blick umfahnte er noch einmal das traumatische Bild seines Arbeitszimmers, in dem er den schönsten Traum seines Lebens geträumt hatte und nun so läch aus allen Himmeln seiner Glückseligkeiten gestürzt worden war.

Dann nahm er mit einem leisen Seufzer seine Wirtschaftsbücher zur Hand und begann eine eifrige Rechnung. Unterdessen waren im Schloß Vorbereitungen zur Verlobungsfeier bereits in vollem Gange.

Ein Dekorateur aus Frankfurt an der Oder war schon in aller Morgenröthe in Bahlowitz eingetroffen und hatte die große Eingangshalle mit Hilfe der reichen Schätze der Schmiedehäuser binnen kurzer Zeit in eine blühende Gartenlandschaft umgewandelt.

Schwankende Tonnenstrahlen sahen sich aus allen Ecken des mächtigen Raumes in schängelnden Linien über die breiten Tafelbeider der Decke und ließen in dem vielarmigen Geweihtronleuchter der Mitte anmutig verblenden einander.

Delles Birkengrün gab dem nüchternen Weiß der geschlachten Wände einen feierlichen Farbenton, neben dem richtigen alten Ramin war zwischen den weißkarierten Blätterlugeln zweier Ovalebäume eine kleine Laube eingebaut worden.

Eine bunte Laterne hing über dem Eingang, und Trude Warkentin, die von Tagesanbruch an unermüdet treppauf, treppab in Bewegung war, hatte das verführerische Liebesversteck sogleich zur offiziellen Verlobungstube ernannt.

Unten im Park arbeitete der Wartenberger Drogeriebhaber, Herr Robert Krause, ob seines buntbewegten Lebens Robinson Crusoe genannt, ein verachteter Apotheker, der durch ein von ihm erfundenes Bachmittel mit dem originellen Titel: „Der Tod der Bachfrau“ zu begablichem Wohlstand gelangt war und sich neben seinem eigentlichen

Beruf aus Privatliebhaberei gern als Feuerwerkstecher betätigte.

Er hatte im Durchblick des großen Vorplatzes neben dem Rosengarten bereits ein geheimnisvolles Lattengerüst errichtet und zeigte der neugierigen Trude mit dem Stolz des schaffenden Künstlers ein selbstgefertigtes Transparenz, das als Schluß- und Brückstück seiner ganzen Vorführung vorzusehen war und die phantastisch verdrängten Initialen des Brautpaares in dem Funkenregen einer dreihbaren Katesenionne erlöschen lassen sollte.

Zugleich mit Herrn Krause war auch Fräulein Antonie Kühn, die Perle aller Hausfrauen, aus Wartenberg gekommen und hatte in Hertas Zimmer ihr Hauptquartier aufgeschlagen, um an den von Gerion geleiteten Festgewändern der Damen noch eine letzte Hand anzulegen, und überhaupt bei den kleinen Toilettenunfällen am Verlobungstage sogleich zur Stelle zu sein.

Fräulein Kühn, bei alt und jung als das „kühne Töchterchen“ bekannt und geschätzt, war ein verwachsenes, kleines Fräulein mit einer rötlichen Dornbrille auf der unwahrscheinlich langen, dünnen Nase, die ihrem Gesicht im Verein mit den lebhaft blühenden, schwarzen Augen eine auffallende Ähnlichkeit mit einer Spitzmaus verlieh.

Seit unvorstelligen Zeiten erschien sie wie das Mädchen aus der Fremde in jedem Sommer zu einer großen Festkampagne in Bahlowitz, zugleich mit ihrer ästhetisch geliebten Nospähndin Paula, einem walzenförmig-verfetzten, aphoristischen Wesen, in dessen heimlicher Betätigung sich vor allem Trude Warkentins erfindertester Scharfzinn schon von jeher erschöpft hatte.

Desgleichen führte sie in einem grünbelegten Abteil neben einem flebrigen Konglomerat von Huttenbonbons ständig ein Bild ihres bereits vor grauen Jahren verstorbenen Bräutigams Theodor bei sich, ein altes Daguerreotyp, das einen mächtig intelligenten jungen Mann mit stielgeförmig abhebenden Ohren darstellte und bis auf die stark aufgetragene Vergoldung der Uhrkette fast verblühen war.

Die Lebens- und Lebensgeschichte dieses Jünglings, von dem Fräulein Kühn stets im Stil einer Todesanzeige als einem treffenden Bruder, Reisen und Bräutigam sprach, bildete für sie ein unerschöpfliches Unterhaltungsthema, und auch heute begann sie nach einem ausgiebigen Begrüßungsfrühstück sogleich ein unendliches Garn zu spinnen, das die Kindheit und Jugend Theodors mit liebensvoller epischer Breite behandelte.

Herta, der der Lebenslauf Theodors etwa mit der gleichen Genauigkeit brannt war, wie Goethes Leben aus Wahrheit und Dichtung, hielt diesmal selbst der eingehenden Reimarbeit seiner erstaunlichen Leistungen auf der Wirtshaus in Wartenberg Rand, ja sie empfand das sanfte Flappern der Blättermühle des alten Fräuleins, vor dem sie sonst schon nach fünf Minuten die Flucht zu ergreifen pflegte, in ihrer augenblicklichen Stimmung geradezu als eine willkommene, wohlthätige Verablangung ihres noch immer heftig schwingenden Herzenshums.

Trop aller noch Augen zur Schau getragenen Beherrschung wollte eine vergebende Unruhe, eine dröhnende Angst bei Tag und Nacht nicht von ihr weichen.

Das tiefe Weh, in dem sie an jenem unseligen Abend auf ihr Zimmer geflüchtet war, schmolz immer wieder brennend in ihrer Seele auf und zugleich damit ein dumpfes Gefühl von Herbrochenheit, als ob sie jeden Daß, jeden inneren Stützpunkt verloren habe und mit ihrer Verlobung gleichsam mit geschlossenen Augen einen Sprung ins Dunkle wage.

Die hatte sie in dieser Zeit des Zweifels einen Besuch des Bräutigams zu einer offenen, rückhaltlosen Aussprache herbeigeführt, mit der ganzen Kraft ihrer großen heißen Liebe, die sie noch immer für ihn im Verzen trug und die sie gerade darum doppelt um ihn leiden ließ.

Und nicht ein einziges Mal war er zu ihr gekommen. Immer nur hatte er Blumen geschickt, nichts als Blumen und dann und wann ein paar kurze Zeilen, so flüchtig und frohlich, so sichtbar gezwungen, daß sie seine nichtlagenden Briefe kaum mehr zu öffnen gewagt hatte.

Das Mittagessen verlief dank der Anwesenheit der Wartenberger Gäste erträglicher als Herta gedacht hatte. Sella war mit der üblichen Entschuldigung harter Schmerzen wieder einmal auf ihrem Zimmer geblieben und auch Dr. Reinwaldt, der zu einem gerichtlichen Termin nach Frankfurt geladen worden war, fehlte in dem gewohnten kleinen Kreise.

Dafür entfaltete jedoch der welterschmerz, vielgestreift Herr Krause all seine mannigfachen gesellschaftlichen Schwärmen aus seiner Apothekertätigkeit in Mexiko und Florida mit einem so unwürdigen Humor, daß selbst das erste Gesicht der Baronin zuweilen ein leichtes Lächeln überflog.

Nach dem Kaffee saßen die beiden jungen Mädchen dann auf der Terrasse und stellten zum zehnten Male die Tischordnung der Verlobungstafel zusammen.

Hertensin hatten am Morgen wegen eines plötzlichen Todesfalles in der nächsten Verwandtschaft des „alten Blücher“ abgesetzt und bald darauf hatte auch der Wartenberger Landrat angerufen und aus dem gleichen Grunde gebeten, sein Fernbleiben von der Feier zu entschuldigen.

So gab es denn eine Menge notwendiger Platzveränderungen, die zuerst durchgearbeitet werden mußten, ehe sich die allgemeine Rangordnung nach Alter, Stand und Würde wieder einigermaßen ins Gleichgewicht bringen ließ.

Raum war diese schwierige Aufgabe erledigt, als der Bahlowitzer Lehrer gemeldet wurde.

Er hatte gebeten, mit seinen Kindern nach der Tafel sitzen zu dürfen, und legte nun unter vielen Dienern sein Programm vor, das schöne Lied von „der teuren Heimat“ und den „Leiermann“ von Schütte, den Herta und Trude schon als kleine Mädchen in der Bahlowitzer Dorfschule mit Inbrunn geliebt hatten; außerdem einen neuen mehrstimmigen Chor, in dem ein langgezogenes, tremolierendes „Wir grüßen Euch, wir grüßen Euch“ in kunstvollen Durchlichtungen immer wiederkehrte.

Er wurde nachträglich zum Kaffee eingeladen und als er der Verlegenheit von Fräulein Grigoleits Ruden, als es er seit drei Tagen gefastet hatte.

Fortsetzung folgt.

Die Kernpunkte der englischen Antwort.

Es hat sich der politisch diplomatische Brauch herausgebildet, den Entscheidungsvorgang einer politischen Aktion in allen seinen Einzelheiten so ausführlich in der Presse auszudeuteln und nach Herausgabe der Note inoffiziell alle Einzelheiten so genau zu beschreiben und umschreiben, daß der sogenannte vertrauliche Schritt tatsächlich der internationalen Kritik schon völlig preisgegeben ist, wenn er selbstverständlich aus Rücksicht auf den Adressaten, amtlich noch nicht bekanntgegeben ist. Der englische Antwortentwurf hat eine lange orakelumsponnene Werdegang hinter sich. Er sollte, so hieß es seit den Entscheidungstagen des Kabinetts Baldwin, eine Tat sein und einen neuen Zeitabschnitt der Weltgeschichte einleiten. Die Verdienste der Weltgeschichte pflegen sich nicht ruckartig mit deutlich erkennbarem Einschnitt aneinander anzufügen. Lange Zeiten der Ueberzüge machen es selbst geschulten Augen oft schwer, die Richtung zu sehen, in der die Entwicklung sich in Zukunft fortsetzen soll. So ist auch die Ahtzehr Englands von der französischen Politik nicht erst seit den Tagen Baldwin oder seit der letzten abgegangenen Antwortnote Tatsache geworden. Kein anderer als der Minister, der im Kriege der Vertreter des stärksten Ententeurfuges gewesen ist, der den Versailler Frieden und ihn mit Vormachtstellung Frankreichs zugestanden hat, mußte dem inneren Zwange der politischen Notwendigkeiten weichen und, oft in schärferer Formulierung, als sie je aus dem Munde Baldwin gekommen ist, seine Warnungsrufe über den Kanal hinderschicken. Immer wieder haben sich die Marksteine der deutschen Notentwürfe, von der Entscheidung über Oberösterreich an bis zum Ruhrstreik, als Prüflinge der französisch-englischen Beziehungen erwiesen. Immer wieder hat man in Deutschland mit tünlicher Genehmigung den Kompromißschlag im Kurse der beiden angeblühenden Verbündeten feststellen können. Auch der Antwortentwurf der englischen Regierung auf die deutsche Note ist sich ein Beispiel der Entwicklung. Nicht weniger aber auch nicht mehr.

Erfreulich ist zunächst die Tatsache an sich, daß England das deutsche Angebot für eine durchaus tragfähige Verhandlungsgrundlage hält. In Paris ist man bekanntlich der gegenteiligen Ansicht. Jedes Eingehen Frankreichs auf die englische Antwortnote, die inhaltlich die deutschen Vorschläge verarbeitet hat, bedeutet also tatsächlich indirekt den Eintritt Frankreichs in die Erörterung. Und das scheint es eben zu sein, was England herbeiführen will. Der Inhalt der englischen Antwort ist ein Niederschlag alles dessen, was im letzten Monat in England aus der Presse und von Regierungskreisen her verlautbart worden ist, in der Form stark beeinflusst durch Frankreichs händische Verläufe, einen grundsätzlichen Wechsel der Haltung in der Zwischenzeit herbeizuführen. Erfreulich ist die Feststellung, daß dieser unter Einwirkung aller Kräfte betriebene Ansturm auf den englischen Standpunkt der grundsätzlichen Richtung nach ohne Erfolg geblieben ist. England besteht auf der Einberufung eines Sachverständigenausschusses, England verzichtet, in logischer Entwicklung aus seiner in der Ruhrfrage eingenommenen Haltung, darauf, Deutschland zur Aufgabe des passiven Widerstandes zu drängen. Diese beiden Kernpunkte der englischen Antwort sollen aber durch gewisse Einschränkungen in der Form Frankreich schmackhaft gemacht werden. Der Sachverständigenausschuss soll anscheinend aus der Reparationskommission heraus entwickelt werden. Es würde sich also gütigstenfalls um ein Kollegium etwa von der Zusammenfassung des Völkerbundes handeln. Da der Völkerbund ein gefügiges Werkzeug in Frankreichs Hand in allen Fragen, die Frankreichs Lebensinteresse angehen, gewesen ist, dürfte auf den neuen Sachverständigenausschuss, selbst wenn er zustandekommen sollte, nicht allzuviel Hoffnung zu setzen sein. Die Frage der Ruhrbesetzung scheint im Sinne der „Anschlagsbarmachung“ der Besetzung gelöst werden zu sollen. Wenn man sich daran erinnert, daß Frankreich von vornherein diese „Anschlagsbarmachung“ (sachverhüllend durch Tanks und Bajonette) vorgeschwebt hat, so ist man sich keinen Augenblick darüber im Zweifel, daß eine solche Lösung eben gerade das bedeutet, was Poincaré will, das heißt einen vollen Sieg Frankreichs. In dem englischen Begleit Schreiben wird auch die Frage der interalliierten Schulden als untrennbar von der Ruhrfrage angesehen. Wer die Schwierigkeiten kennt, die sich der Einwirkung dieses von unendlich vielen gegeneinanderkämpfenden Faktoren gestützten gordischen Knotens ferner, wird sich auch in der Beziehung keinem allzu großen Optimismus hingeben können. Die politischen Folgerungen aus dem englischen Schritte ergeben also, daß zwar theoretisch wieder einmal der englisch-französische Gegensatz in der Grundausfassung dargelegt worden ist, daß aber praktisch für Deutschland in absehbarer Zeit kaum irgendwelche Erleichterungen zu erwarten sind.

Das Vielfache der Zwangsanleihe als Brotverforgungsabgabe.

Das Landesfinanzamt teilt auf Veranlassung des Herrn Reichsministers der Finanzen mit: Durch das Gesetz zur Sicherung der Brotverforgung im Wirtschaftsjahr 1923/24 vom 23. Juni 1923 fällt die öffentliche Brotverforgung mit dem 15. September 1923 fort. Um dem bedürftigen Teil der Bevölkerung den Bezug von Brot auch weiterhin zu erleichtern, sollen die bestehenden Klassen eine Abgabe vom Vermögen entrichten, die in zwei Teilbeträgen am 1. August 1923 und am 2. Januar 1924 zu zahlen ist. Diese Abgabe soll grundsätzlich in einem Vielfachen der Zwangsanleihe bestehen. Der Wichtige erhält über die Höhe der Abgabe keinen Bescheid. Er hat sich vielmehr die Abgabe selbst zu berechnen, und zwar an Hand des ihm seinerzeit mit dem Vermögenssteuererklärungsvordruck überlieferten Zwangsanleihebescheides, der auch in den Räumen der Finanzämter angehängt werden wird. Die erste Teilabgabe ist ungetarbt bis zum 1. August 1923 einzuzahlen. Da es sich um eine Steuer und nicht um eine Zwangsanleihe handelt, ist die Zahlung bei der für den Wichtigen zuständigen Finanzkasse, nicht etwa bei einer Annahmestelle für die Zwangsanleihe zu leisten. — Beispiel: Das zur Zwangsanleihe angegebene Vermögen beträgt 10 Millionen Mark. Hieron waren an Zwangsanleihe zu zahlen 694 000 Mark. An sich sind, wenn der Multiplikator für die erste Teilabgabe 10 betragen sollte, 694 000 x 10 = 6 940 000 Mark bis zum 1. August 1923 an die Finanzkasse zu zahlen. Wenn in dem Vermögen von 10 Millionen Mark festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 3 Millionen Mark vorhanden sind, so darf für die Berechnung der Abgabe ein Vermögen von 7 Millionen Mark zu Grunde gelegt werden. Davon wären 694 000 Mark Zwangsanleihe zu zahlen gemeint; der Wichtige hat also für die erste Teilabgabe 694 000 x 10 = 6 940 000 Mark bis zum 1. August 1923 zu zahlen. Die Steuerpflichtigen werden gut daran tun, sich schon jetzt auf die Zahlung der Abgabe in dieser Höhe am 1. August 1923 vorzubereiten und entsprechende Geldbeträge dafür bereitzustellen.

Die englische Note.

Uebersetzung der Dokumente in Paris.

Die englischen Dokumente über die Deutschland auf seine Vorschläge zu übermittelnde Antwort sind am Sonnabend mittags im französischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten übergeben worden. Entsprechend den eingegangenen Verpflichtungen wird, wie Davos feststellt, das Außenministerium das absolute Geheimnis über den Inhalt dieser Dokumente wahren. Poincaré wird sich, nach der gleichen Agentur, nach Kenntnisnahme der Dokumente auf diplomatischem Wege mit der belgischen Regierung in Verbindung setzen, um ein Einverständnis darüber zu erzielen, welche Folge den englischen Vorschlägen gegeben werden soll.

Der englische Entwurf.

Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph behauptet, über den englischen Entwurf der Antwort an Deutschland und die Mantelnote folgende Angaben machen zu können: Der Antwortentwurf sei ein Dokument von 5 bis 6 Seiten, die Mantelnote beträchtlich länger, da der Inhalt eines ausführlichen Memorandums mit ihr verschmolzen worden sei. Der Entwurf der Antwort enthalte die grundsätzliche Zustimmung zur Forderung der deutschen Regierung betreffend die Festhaltung der deutschen Zahlungsfähigkeit durch eine unparteiliche Körperschaft internationaler Sachverständiger, vermeide es aber sorgfältig, sich bezüglich der schließlichen Zusammenfassung dieser Körperschaft und der Rechte der Reparationskommission vorzeitig festzulegen. Er schlage vor, drei Arten der von Deutschland angebotenen Garantien in Erwägung zu ziehen, ohne sich jedoch über die Frage ihrer Vollständigkeit oder Ungültigkeit auszusprechen. Hinsichtlich der dritten Forderung Deutschlands, mit den Alliierten auf einer Konferenz zu mündlichen Verhandlungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung zusammenzutreffen, sei der Antwortentwurf vielleicht etwas weniger präzis, jedoch nicht ungenau. Die Note enthalte keine Beurteilung des deutschen passiven Widerstandes. Eine solche Beurteilung würde eine Verleugnung der bisherigen britischen Politik in der Ruhrangelegenheit bedeuten und sei niemals in Frage gekommen. Dies Schließe aber nicht aus, daß Bedauern über die durch eine derartige Lage verursachten Leiden und Unruhen ausgedrückt werde. Der Entwurf der Antwort enthalte anscheinend eine Anspielung auf die Ruhr und den passiven Widerstand, aber wenig mehr. Das bedeute nicht, daß in England nicht der Wunsch nach einer baldigen Einstellung des passiven Widerstandes weit verbreitet sei. Sollte diese eintreten, so müßte Deutschland in der Lage sein, sich auf die Zusicherungen gerechter Behandlung durch die Alliierten verlassen zu können. Eine solche Zusicherung würde sicherlich von der Mehrzahl der letzteren gegeben werden.

Der Berichterstatter erzählt weiter, es sei zu vermuten, daß in der Mantelnote ein konkreter britischer Vorschlag betreffend die Maßnahme des französischen Drucks im Ruhrgebiet enthalten sei. Der britische Standpunkt gegenüber der Ruhrfrage werde, wie verlautet, ziemlich ausführlich dargelegt, und die in der Parlamentserklärung in der vorigen Woche vorgebrachten Ermäßigungen politischer, wirtschaftlicher, sozialer und moralischer Art würden noch ausführlicher, überlegter und überzeugender wiederholt, sowohl, was die britischen als was die allgemeinen Interessen der Welt angehe. Die Mantelnote wende sich an das moralische Gewissen der Welt. Gleichzeitig sei sie praktisch, geschäftsmäßig und geschickt und vermeide es, durch vorzeitige Erwähnung nebensächlicher Punkte, die unüberwindliche Hindernisse für eine Einigung werden könnten, eine künstliche Kluft hervorzuheben, und zwar in dem Gedanken, daß eine allgemeine Vereinbarung über die wesentlichen und dauernden Faktoren automatisch die sekundären, aber unangenehmen Meinungsverschiedenheiten allmählich beseitigen könnte.

Der praktische Angelpunkt der britischen These sei der Vorschlag betreffend die Ernennung einer Sachverständigenkommission, die in dem vom Versailler Vertrag gegebenen Rahmen arbeiten könnte. Diese Körperschaft werde festzustellen haben, inwieweit die deutschen Hilfsquellen für Reparationen beansprucht werden sollen, und sie werde sodann die Zahlungsmethoden zu erörtern haben. Einzelheiten wie die Frage der alliierten Schulden würden in der Mantelnote nicht erwähnt. Dieser Punkt sei ein Gegenstand für die Verhandlungen einer wirtschaftlichen Vollkonferenz. Außerdem erbehe man Einwendungen dagegen, daß die Reparationsfrage mit der der alliierten Schulden an die Vereinigten Staaten in Verbindung gebracht werde. Zum Schluß habe die Mantelnote hervor, daß der Entwurf der Antwort an Deutschland keinen endgültigen Text darstelle, und daß der Inhalt auf Grund von Besprechungen unter den Alliierten abgeändert werden könne.

Der Berichterstatter schließt, wenn trotz des aufgewandten Taktens und der Verbindlichkeit der britischen Diplomatie eine interalliierte Krise entstehen sollte, so werde die Verantwortung nicht bei ihnen liegen. Wenn dieser Fall eintrete, so werde die Frage der Entwicklung einer freimütigen britischen Politik in den Vordergrund treten, und diese Politik würde nicht nur von der britischen Regierung, sondern auch von den Regierungen der überseeischen Dominions und Indiens, die ja den Friedensvertrag mit unterzeichnet hätten, erzwungen werden. Ein Anfang hierzu sei bei dem letzten Meinungsaustausch zwischen London und den Regierungen der Dominions über die europäische Krise gemacht worden. Dies sei ein Punkt, den die Alliierten nicht übersehen könnten.

Die Pariser Presse lehnt ab.

Nach den Mitteilungen der Pariser Morgenpresse bestehen die englischen Dokumente ausschließlich aus dem Entwurf einer gemeinsamen Antwort auf die deutsche Note vom 7. Juni und einem erläuternden Begleit Schreiben an die Alliierten. Ueber den Inhalt, bei dessen Besprechung man sich lediglich auf allgemeine Andeutungen zu stützen erklärt, äußern sich die großen Nachrichtenblätter wenig hoffnungsvoll. Eine Verfolgung der von ihnen vorgeschlagenen Politik läßt die Meinungsverschiedenheiten erkennen.

„Echo de Paris“ glaubt, die Differenzen in drei Punkten zusammenfassen zu können: Die Frage des passiven Widerstandes, die Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit und die Garantiefrage. Lord Curzon habe keineswegs darauf verzichtet, von Frankreich bestimmte Angaben über diejenigen Konzeptionen zu erhalten, die es als Gegenleistung für die Einstellung des passiven Widerstandes vorschläge. Da Frankreich und Belgien es bisher abgelehnt hätten, sich hierüber im voraus zu äußern, habe er sich dadurch aus der Schwierigkeit gezogen, daß er Frankreich und Belgien erbatte, gewisse Verpflichtungen gegenüber England einzugehen, die auf die Umwandlung der militärischen Besetzung des Ruhrgebietes in eine unsichtbare Besetzung usw. hinausläßen. Er erwähnte jedoch unwahrscheinlich, daß man sich französischerseits auf das vorgeschlagene Kompromißverständnis einlassen werde. Was eine denkrete Abschätzung

der deutschen Zahlungsfähigkeit anbelangt, so beruft sich das Blatt darauf, daß nach Ansicht der französischen Regierung das Zahlungsstatut vom 5. Mai 1921 so lange bestehen bleiben müsse, als nicht die Frage der interalliierten Schulden geregelt sei. Es verweist auch auf die Berichte der beiden englischen Handels- und Finanzvertreter in Berlin und Koblenz, die vor zwei Monaten in London überreicht worden seien und in denen festgestellt werde, daß es keine Möglichkeit gäbe, die Einnahmen Deutschlands in Geld abzuschätzen, solange die Mark nicht stabilisiert sei. Wenn Lord Curzon mit aller Gewalt unparteiliche Sachverständige in die Kombination hineinziehen wolle, so müsse man ihnen die Aufgabe zuweisen, die direkten und indirekten Posten in den Banken von London und New York abzuschätzen. Hier habe man es mit einer mehrbaren Gold-einnahme zu tun.

In der Garantiefrage schließlich soll es nach der englischen Auffassung Aufgabe der Reparationskommission sein, sich über den Wert der von Deutschland in dieser Beziehung gemachten Angebote auszusprechen. In London könne man Zahlungsmittel und Garantien zu verwechseln. Zahlungsmittel seien keine Garantien. Der Reparationskommission stehe es frei, den Wert der vorgeschlagenen Zahlungsmittel zu untersuchen, selbstverständlich, nachdem der deutsche Widerstand erledigt sei. Frankreich und Belgien hätten sich am 12. Januar im Ruhrgebiet und auf dem linken Rheinufer auf die Festhaltung der deutschen Verfestungen durch die Reparationskommission hin derjenigen Garantien bemächtigt, die ihnen wünschenswert erschienen. Es könne heute nicht Sache der Reparationskommission sein, eine schiedsgerichtliche Entscheidung über das begonnene Wert zu fällen.

„Petit Parisien“ glaubt feststellen zu können, daß man in London in der vergangenen Woche eine Wandelung im Sinne des formalen Entgegenkommens gegenüber Frankreich durchgeführt habe, bedauert aber, daß in der Sache selbst anscheinend keine merklichen Fortschritte gemacht worden seien. Der Graben, der die beiderseitigen Standpunkte voneinander trenne, erweise noch ebenso breit wie vorher. Engländerseits wüßte man die Frage der Ruhrbesetzung und das Problem des passiven Widerstandes in den Hintergrund zu rücken. Es dürfte jedoch feststehen, daß man in Paris sowohl wie in Brüssel dabei bleiben werde, von Deutschland die Aufgabe des passiven Widerstandes zu verlangen, und daß man sich nur nach Wahrung der geleisteten Zahlungen zum Verlassen des Ruhrgebietes bereit finden werde.

Die Sorge des „Temps“ um Deutschland.

Der „Temps“ fährt gestern in einem längeren Artikel aus, daß zu einer normalen Lösung der Reparationsfrage der Rücktritt des Kabinetts Cuno erforderlich sei. Dieses Kabinett zeige sich den Anforderungen der auswärtigen Politik nicht gewachsen. Mit dem Rücktritt der Regierung Cuno und der Bildung einer nach links erheblich erweiterten Regierung würde ein erheblicher Fortschritt erzielt werden. Die gegenwärtige Regierung, so sagt der „Temps“ sinu, hänge nur noch an einem Faden durch die Unterstützung Englands, dessen verschiedene Ermäßigungen die Regierung tatsächlich bisher vor dem Sturz bewahrt haben. Die Deutschen seien unverständlich, die sich von dem Fortbestehen eines von Großbritannien protegierten Kabinetts, eines zweiten Kabinetts Cunaris, Vorteile versprechen.

Konferenz der Einbruchsmächte.

Reuter meldet aus Paris, es werde angenommen, daß Thomas und Falpar Anfang nächster Woche zu einer Konferenz mit Poincaré nach Paris kommen würden und daß dabei mit der Entsendung der französischen Antwort nach London ungefähr Ende nächster Woche gerechnet werden könne. Da, wie verlautet, die französische Regierung gleiche Zurückhaltung beobachtet werde wie die britische, werde keine offizielle Erklärung über die französischen Ansichten bezüglich der britischen Note erwartet, bevor sich die Antwort in britischen Händen befinde. Wie Reuter weiter erklärt, wäre es unwahrscheinlich, daß während der allernächsten Tage irgend eine Antwort auf die britische Note von den Alliierten zu erwarten sei. Angeht die große Bedeutung der britischen Note werde eine sehr sorgfältige und lange Erwägung durch die Verbündeten erforderlich sein.

Vorstellungen des deutschen Botschafters.

Einige Pariser Morgenblätter berichten in sensationeller Aufmachung, der deutsche Geschäftsträger, Botschaftsrat von Doehs, habe am Sonnabend im französischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten eine Demarche bezüglich der Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet gemacht. Der Pariser Vertreter des W. T. B. erzählt von zuständiger Stelle, daß Botschaftsrat von Doehs tatsächlich am Donnerstag vorgespochen hat; er hat jedoch Vorstellungen erhoben wegen der Verhaftung deutscher Persönlichkeiten in den besetzten Gebieten, die in den letzten Tagen durch die französischen Besetzungsbehörden als Repressalie gegen die Inhaftierung einiger französischer Staatsangehöriger in Deutschland vorgenommen wurde.

Wann endet der passive Widerstand?

Ein von Wolff-Bureau veröffentlichter englischer Stimmungsblick zur Frage der Räumung des Ruhrgebietes, ist, wie W. T. B. erzählt, insofern zutreffend, als der deutsche Botschafter in London am Donnerstag erneut dahin instruiert wurde, daß keine deutsche Regierung der Bevölkerung der rechtsufrigen besetzten Gebiete den Abbau ihres Widerstandes zumuten könne, ohne daß der Bevölkerung gleichzeitig vor allem eine sichere Garantie für die Räumung der Gebiete in kürzester Frist gegeben wird.

Poincarés neueste Behre.

Poincaré hielt gestern nachmittags bei der Enthüllung eines Kriegerdenkmals in Villers-Cotterets eine Rede, in der er sich wiederum mit dem Reparationsproblem beschäftigte. Er sprach von einem angeblichen Programm wirtschaftlicher Vernichtung, das der deutsche Generalstab habe aufstellen lassen, nach dem alles habe vernichtet werden sollen. Während in Deutschland nicht ein Schornstein vernichtet, sei, weigere sich das Reich, seine Verpflichtungen zu halten und den angerichteten Schaden zu reparieren. Diesen Augenblick habe Lloyd George ausgenutzt, um zwischen Deutschland und Frankreich Verwirrung anzurichten und um zu erklären, die verwüsteten Gebiete in Frankreich seien wieder aufgerichtet, und man habe nicht das Recht, sich über die Ausgaben der deutschen Regierung zu beschweren. Was wolle Lloyd George damit sagen? Wenn Deutschland seine Handelsflotte wieder aufrichte, neue Kanäle baue, solle Eisenbahnen entwickle, handle es sich da nicht um Verbesserungen? Welche das nicht zum Schaden der Forderungen der Alliierten? Wie immer aus Frankreich

Seine durch die Vermittlung Deutschlands hinausgedrängte und erdverthe Wiederverkehr durchzuführen, so bedrohe es nicht die wirtschaftliche Macht irgendeiner Nation. Die Engländer würden auf daran tun, wenn sie ihre Verantwortung auf näher liegende Dinge richteten. Warum seien sie nicht mit Frankreich ins Ruhrgebiet eingedrungen. Sie würden dann viel besser die wahren Gefahren der Zukunft erkennen. Sie mühten sie in der fürchterlichen Organisation der deutschen Industrie finden. Jeden Tag lege sie sich mehr an die Stelle des Staats; sie bedrückten ihn, sie würden ihn befehle schreien. Sie seien die Herren der deutschen Presse und der deutschen Meinerung; sie machten die deutsche Republik einer neuen Kaste untertan, die ebenso dochmütig sei wie die der Junker und die sich ebenso bestig gegen die Freiheiten des Volks wende. Gebe es etwas, was dem demokratischen Gedanken Großbritanniens mehr zuwiderlaufe? Wenn man jetzt die Unklarheit befehle, die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands in einen festen und unänderlichen Rahmen einschließen, dann würde es sich rasch den Maßnahmen der Allierten entziehen und bald unter dem Einfluß der außerordentlichen Entwicklung industrieller Kräfte sich ungeahnt emporarbeiten. Deutschland würde dadurch den wirtschaftlichen Vorrang erheben und zu gleicher Zeit der Welt den Stempel rückständiger und unmoralischer politischer Bedrückung aufdrücken. Um diese Gefahr zu beschwören, mühten sich England, Italien, Belgien und Frankreich enger denn je zu einer gleichen Anstrengung vereinigen. Hoffen wir, schloß Poincaré, daß man unter dem Vorwande, einen unglücklichen Schuldner zu schonen, nicht den Betrug und die Ungerechtigkeit ermutigt, daß man nicht die glorreiche Erinnerung des gemeinsamen errungenen Sieges in dieser verwüsteten Gegend vergißt und daß man nicht für die Zukunft den Triumph einer fremden Diktatur vorbereitet.

Hierzu wird dem W. T. B. von zuständiger Stelle erklärt, wenn Poincaré sich wieder bemühe, die Legende aufrecht zu erhalten, daß Frankreich durch den Krieg mehr gelitten habe als Deutschland, so könne er damit heute keinen vorurteilsfreien Politiker oder Wirtschaftler mehr täuschen; denn diese seien sich darüber klar, daß die unerschütterliche Festigung in Deutschland viel schwerer und gefährlicher sei als die Schwäche in Frankreich. Die Verwundung der deutschen Volkskraft durch Hungerblutende und Entbehrungen, die Vernichtung des Mittelstandes, die Unterernährung und schwere körperliche Schädigung von Millionen von Kindern, die Herkörung der deutschen Finanzkraft, die Substanzzerstörung der deutschen Wirtschaft — das alles sei von den berufenen englischen und amerikanischen Sachkennern anerkannt. Die Bemühungen der deutschen Wirtschaft, die Produktion teilweise aufrecht zu erhalten, seien auch von den Gegnern Deutschlands anzuerkennen; denn sie bildeten die Voraussetzung zu Reparationszahlungen. Der Widerstand Poincarés gegen eine klare Feststellung der deutschen Verpflichtungen, die die Voraussetzung der Zahlungsunfähigkeit Deutschlands sei, enthalte die wahre Absicht Poincarés, dauernd die Hand an der Gurgel Deutschlands zu halten. Das deutsche Angebot vom 7. Juni sei die einzige Entschlossenheit der deutschen Regierung und aller Wirtschaftskreise zu äußerster Reparationsleistung. Angesichts der ungeheuren Leistungen, zu denen sich Deutschland dadurch zu Menschenalter verpflichtete, sei es sinnlos, wenn Poincaré von der Möglichkeit der Eroberung des wirtschaftlichen Vorrangs in Europa durch Deutschland spreche.

Die Berliner Rede zur Poincaré-Rede.

Der „Total-Anzeiger“ meint, daß sich die Rede des französischen Ministerpräsidenten wie eine vorausgenommene Antwort auf den britischen Notenentwurf lese, mit dem Herr Poincaré sich wohl zur Zeit beschäftigt. Man kann danach angefahr ahnen, mit welchem Gefühl er dem britischen Dokument gegenübersteht und wie er darauf zu reagieren gedenkt. Auch diese Rede wird an der Gegenfähigkeit der Auffassung in Paris und London schwerlich etwas ändern.

Der „Montag-Morgen“ nennt die Angaben über die deutsche Industrie eine sinnlose Fantasie. Die Kriegsverlöhner von Villers Cotterets müßten zugestimmt haben; aber die Welt steht nicht nur aus Kriegsverlöhnern.

Die Franzosenherrschaft.

Der Beigeordnete der Stadt Bonn Marx und der Vertreter der sozialdemokratischen Gewerkschaften Zimmer wurden wegen der Vorkommnisse in Bonn am vergangenen Sonnabend und Sonntag (Verprügelung von Sonderhändlern) sofort ausgewiesen. Die Familien müssen in vier Tagen folgen.

Nach einer Havas-Meldung aus Düsseldorf ist der Direktor der Mannesmann-Werke in Witten verhaftet worden. Es handelte sich um eine Revessalie wegen der Festnahme des angeblich französischen Staatsangehörigen, des Kaufmanns Schuldes in Mannheim, auf Veranlassung deutscher Behörden.

Wie Havas aus Düsseldorf berichtet, ist auf dem Schicksal in Orichheim ein Deutscher, der angeblich in das Riefeld gekommen sei, um Zink zu rauben, nach vergeblicher Aufforderung von der Schickschwade erschossen worden.

Die Franzosen haben am Sonnabend morgen kurz nach 5 Uhr in Stärke von etwa 30 Mann den Block Gander zwischen Rödelsheim und Weikirchen auf der Strecke Frankfurt—Münster überraschend besetzt und den Zugverkehr durch Aufreihung der Schienen unterbunden. Sie zogen sich darauf zurück, eröffneten jedoch dem Blockwärtler, daß auf jeden Mann, der sich der Stelle näherte und dort zu schaffen machte, ohne Anruf geschossen werde. Der Zugverkehr auf der Strecke Frankfurt—Münster—Bad Domburg ist damit stillgelegt.

Wie den Blättern aus Darmstadt berichtet wird, haben Angehörige der französischen Besatzung den etwa 19 Jahre alten Paul Schuchmann, Sohn eines Dachdeckers, erschossen. Er hatte sich trotz des Verbotes auf das Gelände des Flugplatzes des früheren Gießwerkes begeben, um dem die Franzosen ihre Schießübungen abhören, um Geschosse zu suchen. Ob der Erschossene vorher angerufen worden ist, war nicht festzustellen. Die marokkanische Wache brachte die Leiche nach dem Waldfriedhof, ohne weiteren Aufschluß zu erteilen.

In Koblenz wurden weitere 31 Eisenbahnbedienstete ausgewiesen.

Am Bahnhöfen bei Aachen wurde vor einigen Tagen ein angeblich der Sabotage verdächtiger junger Mann erschossen und die Leiche abgeworfen. Sie wurde dann von dem betreffenden Volken auf das Gleis gelegt und dort noch mit dem Kolben bearbeitet.

Der belgische Freidelegierte

verfügte für den Stadtkreis Aachen eine vollständige Sperre für Autos und Fahrräder bis zum 30. Juli 12 Uhr nachts. Ferner ist auch der Fußgängerverkehr von 9 Uhr abends bis 5 Uhr früh bis zu diesem Zeitpunkt gesperrt. Ausgenommen von der Sperre sind außer den Briefkisten, Kesseln und dergleichen auch die zur Schicht gehenden Arbeiter. Der Grund für die erneute Sperre wird wiederum nicht angegeben.

In Osnabrück hielten den Belgiern etwa 60 Millionen Mark in die Hände. Die Stationskasse in Werd, in Höhe von 130 Millionen, deren Unterschluß offenbar verraten wurde, ist von den Belgiern weggenommen worden. Beim Verlassen des Rheinbanners in Herdingen wurden zwei Eisenbahnbedienstete von zwei Holperern, die sich als belgische Kriminalbeamte ausgaben, festgenommen. Ihnen

murden 3 Millionen Mark unter Bedrohung mit dem Revolver weggenommen. Sie selbst wurden nach Verkleidung ihrer Personlichkeiten wieder laufen gelassen. Der ganze Vorgang macht den Eindruck, daß es sich nicht um eine Beschlagnahme der Besatzungstruppen, sondern um eine Räuberei durch solche Beamte handelt.

Staubhaftigkeit der deutschen Eisenbahner.

In Düsseldorf fand eine Versammlung für Eisenbahnarbeiter statt. Die von etwa 250 Personen, darunter jedoch nur etwa 30 Eisenbahnern besucht und von dem französischen Bahnhofsleiter in Düsseldorf-Verendorm geleitet war. Ein deutscher Eisenbahner bemerkte u. a., die Eisenbahner würden die Arbeit nur wieder aufnehmen, wenn das letzte Bataillon von den Schienen verschwinden sei. Die Versammlung verlief vollkommen ergebnislos. Es fand sich kein deutscher Eisenbahner, der sich für die französischen Dienste gemeldet hätte.

Die in letzter Zeit aus dem besetzten Gebiet ausgewiesenen hartbetroffenen Eisenbahner haben aus den Orten, in denen sie gestillte Aufnahme gefunden haben, in Telegrammen an den Reichspräsidenten ihre Treue zum Reich und Vaterland Ausdruck gegeben und die Reichsregierung dringend gebeten, allen Versuchen, die Bande zwischen dem Rheinland und den übrigen Teilen des Reiches zu lockern, weiter schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.

Einstellung der Lieferung von Reparationskredit an Italien.

Blättermeldungen aus Wien zufolge mußte die Lieferung von Reparationskredit an Italien eingestellt werden infolge der Beschlagnahme der aus dem Zentrum des Ruhrgebietes nach Süden führenden Strecken. Von italienischer Seite wurden bei den Besatzungsbehörden deshalb Vorstellungen erhoben. Die Franzosen weigern sich hartnäckig, die Wiederaufnahme der Reparationslieferungen an Italien zuzulassen. Der Grund hierfür liegt wohl darin, daß die Kohlenvorräte immer mehr zusammenzuschmelzen. Mithin ist das Kanal für die Halben bereits völlig erschöpft.

In Bismarck wurden für die englische Besatzungszone bestimmte Kohlenzüge von den Franzosen beschlagnahmt. Ueber die Freigabe schweben zurzeit zwischen den Engländern und Franzosen Verhandlungen.

Rückkehr des tschechischen Außenministers.

Wensch traf aus Brüssel am Sonnabend in Strassburg ein, wo er von der dortigen Universität zum Ehrendoktor ernannt wurde. Er reiste nach Prag weiter.

Ausflugtagung des Völkerbundes.

Neuer meldet aus London, daß ein Sonderauschuss der temporären gemischten Kommission des Völkerbundes für die Verminderung der Räumungen vorige Woche unter Vorwort von Lord Robert Cecil getagt hat. Der Ausschuss hat einen Text fertiggestellt, der der Kommission bei ihrer Zusammenkunft in Paris Ende des Monats vorgelegt und der, falls er gebilligt wird, dem Völkerbundrat und der Völkerbundversammlung unterbreitet werden soll. Der Sonderauschuss hat auch einen neuen Vorschlag von Robert Cecil, betreffend die Errichtung von entmilitarisierten Zonen auf beiden Seiten der nationalen Grenze, geprüft. Zu den Mitgliedern dieses Sonderauschusses gehören u. a. der französische Arbeiterführer Joubaux, der italienische Vorkämpfer in Paris und der General Serrall.

Argentinischer Besuch.

D a m b u r g, 11. Juli. Zur Ankunft des argentinischen Schulolger „Presidente Sarmiento“ wird gemeldet, daß beim Passieren des Kreuzers „Berlin“ beide Schiffe Flaggengänge austauschten, während die Mannschaften Parodienstellungen nahmen. Um die Mittagsstunde machte der Kommandant des argentinischen Schiffes dem Präsidenten des Senates einen offiziellen Besuch, der bald darauf durch Senator Dr. Schramm und Oberregierungsrat Dr. Werd erwidert wurde.

Zu Ehren des argentinischen Gesandten Molina und des Kommandanten des argentinischen Schulschiffes „Presidente Sarmiento“, Fregattenkapitän A. Brana, gab der Senat im Rathaus ein Abendessen, an dem Reichskanzler Dr. Cuno teilnahm. Während des Essens hielt Bürgermeister Dr. Döpel eine Begrüßungsansprache, in der er den Herren Vertretern der argentinischen Regierung und der argentinischen Seemacht herzlich willkommen entbot. Im weiteren Verlauf des Abends nahm der Reichskanzler das Wort und führte folgendes aus: Zunächst danke ich Ihrer Magnificenz dem Herrn Präsidenten des Hamburger Senats vielmals für die freundlichen Worte der Begrüßung, die er mir gemeldet hat. Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, die Beziehungen, die ich in mehrjähriger Zusammenarbeit mit allen Kreisen Ihrer Stadt habe aufknüpfen können, weiter zu pflegen, und es freut mich bei jedem meiner Besuche, von neuem feststellen zu können, daß das wirtschaftliche und geistige Leben hier wiederum Fortschritte gemacht hat dank der unüberwindlichen Fähigkeit des Deutschen, dessen zielbewusste Arbeit sich durch die Ungunst der Zeiten nicht hindern läßt. Der Gruß, den Seine Magnificenz unseren argentinischen Gästen entboten und der freundliche Widerhall, den er in dieser Versammlung gefunden hat, werden Ihnen, mein sehr verehrter Gesandter der argentinischen Republik und Ihnen, Herr Kommandant, gezeigt haben, wie willkommen Sie uns auf deutschem Boden sind. Sie, meine Herren von der argentinischen Flotte, erscheinen hier als Vertreter der bewaffneten Macht Ihres Vaterlandes, zugleich aber als dessen friedliche Sendboten, die beitragen sollen zur engeren Anknüpfung der mannigfachen Beziehungen, die unsere beiden Länder verbinden. Diese Beziehungen, die sowohl geistiger wie wirtschaftlicher Art sind, bilden die Grundlage einer alten niemals unterbrochen gewesenen Freundschaft, deren Festigung und weiteren Ausbau die deutsche Regierung sich stets angelegen sein lassen wird. Sie weiß sich damit einmütig mit dem hier anwesenden Vertreter der argentinischen Republik, unserem Freund Erzeleny Molina, dessen verhandlungsfähige Mitarbeit bei uns alle Anerkennung findet. Das stolze Schiff, das Sie, meine Herren Offiziere von der argentinischen Flotte, hierher gebracht, ist uns nicht unbekannt. Mehrfach schon hat es unsere Häfen besucht. Auch Hamburg, wo es allerdings vor langen Jahren gewesen ist, hat ihm eine angenehme Erinnerung bewahrt. Es ist ein stolzer Name, den Ihr Schiff trägt, Herr Kommandant. Unter den zahlreichen bedeutenden Staatsmännern, die der argentinische Boden hervorgebracht hat, ist der Präsident Sarmiento einer der hervorragenden. Große Verdienste hat er sich um die Ruhe und Ordnung seines Landes erworben. Ein Mann von harter Weisheit, einer umfassenden Bildung und einem unbedingten Willen, hat er sein ganzes Streben in den Dienst der friedlichen Entwicklung Argentiniens gestellt. Seine vorbildlichen Leistungen auf dem Gebiet der inneren Kultur leben in der Geschichte fort. Ihnen allen, meine Herren aus Argentinien, ist auch jener Ausspruch des großen Staatsmannes bekannt, der heute noch die Richtschnur der auf dem Gebiete wahrer Gerechtigkeit ausgebauten argentinischen Politik bildet. In Ihnen aber, meine Herren, die Sie die Flagge und stolze Erinnerung an die Geschichte Ihres Landes durch die Weltmeere tragen, begräße ich nochmals auf das herzlichste im Namen der Reichsregierung die Vertreter der argentinischen Völker. Seien Sie überzeugt, daß Sie uns mit Ihrem Besuch eine große Freude machen und bewahren Sie auch Ihre Freundschaft an die Tage, die Sie hier mit uns verleben ein freundschaftliches Gedächtnis.

Fregattenkapitän A. Brana, Kommandant des Schulschiffes „Presidente Sarmiento“, danke für die Begrüßung durch den Reichskanzler und den Bürgermeister. Der argentinische Gesandte Erzeleny Molina fügte diesen Worten des Kommandanten seinen persönlichen Dank für die aufrichtige Sympathie hinzu, die der Empfang bezeugte.

Der Reichspräsident in Hamburg. Der Reichspräsident trat gestern in Begleitung des Chefs der Marineleitung Admirals Behne und des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt Freiherrn v. Maltzahn in Hamburg ein, um einer Einladung zum Besuch des argentinischen Schulschiffes „Presidente Sarmiento“ zu folgen. Am Laufe Bedenke freute der argentinische Gesandte Molina den Kommandanten des Schulschiffes vor. Nach der Besichtigung des Schulschiffes dankte der Reichspräsident für die Einladung und sprach die Hoffnung aus, daß dieser Besuch dazu beitragen möge, die alte, in erster Zeit erprobte Freundschaft zwischen den beiden Ländern erneut zu befestigen. Der Reichspräsident stieg darauf dem ebenfalls im Hafen liegenden Kreuzer „Berlin“ einen Besuch ab und setzte nach einem kurzen Aufenthalt beim Reichskanzler Dr. Cuno in Rumöbe am Abend nach Berlin zurück. — Am Dienstag, den 24. Juli, nachmittags 4 Uhr wird im Kaiser-Wilhelm-Hafen zwischen den Abdeuten des argentinischen Schulschiffes „Presidente Sarmiento“ und denen des deutschen Kreuzers „Berlin“ ein Wettkampfschwimmen stattfinden, zu dem die Hamburg-Amerika-Linie einige Boote stiftete.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Für eine Rundgebung am 28. Juli: Das französische Vorgehen an Ruhr, Rhein und Saar und die ständige Welt liegt nunmehr das vollständige Programm vor. Die Rundgebung findet in der neuen Aula der Berliner Universität am Kaiser Franz Josef-Platz gegenüber der Staatsoper statt. Nach einer Eröffnungsansprache des Herrn Rectors der Berliner Universität, Professor Dr. A. Döbner, wird durch die Herren Regierungsräte Dr. Gröhner und Oberbürgermeister Dr. Hamm eine Tatsachendarstellung über die französische Gewalttätigkeit an Ruhr, Rhein und Saar gegeben werden. Hieran schließt sich die Beurteilung vom Rechts- und Kulturstandpunkt durch Professor Dr. Meurer, Würzburg, Geheimrat Justizrat Dr. Wildhagen, der bekannte Vorsitzende der Anwaltskammer beim Reichsgericht, behandelt sodann „die französische Justiz im besetzten Gebiet“. Die Vormittagsrundgebung, die um 10 Uhr beginnt, schließt mit einem kurzen von Herrn v. Meubert übernommenen Referat „Die Behandlung des Besatzungsgebietes“. Am Nachmittag spricht Frau Ministerialdirektor Helene Weber, M. d. L., über „Die sittlichen Schäden“. Es folgt sodann ein kurzer Bericht über die Beurteilung des Ruhr-Eindrucks durch die Presse der verschiedenen Kirchen. Die Rundgebung schließt mit einem von Herrn Geheimrat Professor Dr. Rahl übernommenen Referat „Betteltrieb, Verrechtlichung und Freiheit“. — Sonntag, den 25. d. Mts., findet um 11.45 Uhr gleichfalls in der neuen Universitäts-Aula eine große religiöse Rundgebung statt, bei der als Vertreter der Evangelischen Kirche Oberkonsistorialrat Karow, als Vertreter der Katholischen Kirche Bischof Dr. Schreiber, Paderborn, und als Vertreter der Jüdischen Kirche Rabbiner Dr. Weck sprechen werden.

Die Deutsche Friedensgesellschaft erhält aus Trier die Nachricht, daß dorten Vereine unter der Firma der Friedensgesellschaft gründe. Wir werden erlucht, darauf hinzuweisen, daß es sich dabei selbstverständlich um eine gründliche Irrführung der öffentlichen Meinung handelt. Die Deutsche Friedensgesellschaft legt Wert darauf, festzustellen, daß sie mit der separatistischen Bewegung nicht das mindeste zu tun hat und das Treiben dorten aufs schärfste verurteilt.

Erfolge der Siedlungsarbeit. Unter Führung des Staatssekretärs des Reichsarbeitsministeriums Dr. Weis besichtigten am 19. und 20. d. Mts. Mitglieder des Reichsrates und des Reichstages die Siedlungs- und Siedlungsarbeiten auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Vöckelberg Lager. Hier sind mit Reichsmitteln in den letzten Jahren 5400 Morgen bisher unfruchtbares Landes in Kulturland verwandelt und mehr als 70 Siedlungsgehöfte entstanden. Die Teilnehmer der Besichtigung schieden mit der Überzeugung, daß hier durch das Reichsarbeitsministerium in Verbindung mit den Landesbehörden fruchtbarere Wiederaufbauarbeit geleistet und im Verhältnis zu den angewendeten Mitteln Außerordentliches entstanden ist.

Aussperrung in der schlesischen Holzindustrie. Die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Holzindustrie haben am Montag zu keinem Ergebnis geführt. Nach dem abermaligen Scheitern von Verhandlungen ist es zu Teilkreis gekommen, die zur Aussperrung der Arbeiter in der gesamten schlesischen Holzindustrie geführt haben.

Republik Österreich.

Die österreichische Völkerbundanklage. Wie das Wiener Korrespondenz-Büro aus Rom meldet, ist der auf Italien entfallende Absatz der österreichischen Völkerbundanklage in Höhe von 200 Millionen Lire etwa sechsfach überzeichnet worden.

Handelsabkommen mit Portugal. Die Verhandlungen zur Regelung der durch den Krieg unterbrochenen Handelsbeziehungen zwischen Österreich und Portugal sind durch einen Notenwechsel abgeschlossen worden. Das Übereinkommen tritt am 10. August laufenden Jahres in Kraft.

Frankreich.

Die deutschen Handelsbesprechungen im Ausland. Der internationale Handelskongress ist in Paris unter dem Vorsitz Booths zusammengetreten. Es wurde beschlossen, den Umfang des Handels Deutschlands mit den verschiedenen Staaten festzusetzen und ebenfalls die Höhe der deutschen Kredite im Ausland.

Rußland.

ABC. Die russische Getreideausfuhr. Aus Helsingfors wird gemeldet: Die bolschewistischen Regierungsbehörden arbeiten energisch an der Vorbereitung der russischen Getreideausfuhr. In der „Ökonomischaja Schisa“ wird darauf hingewiesen, daß es in erster Linie notwendig ist, das russische Verkehrsnetz in Ordnung zu bringen, damit die Getreideausfuhr ordnungsmäßig verlaufen kann. Zweck Realisierung der Ernte und der Getreideausfuhr mühten unbedingt bereits in aller nächster Zeit 1/2 mal mehr Eisenbahnwagen angefordert werden, als bisher. Gleichzeitig tritt das offizielle Blatt für eine Verabfolgung der Eisenbahntarife ein, während das Volkskommissariat für das Verkehrswesen im Gegenteil die Frachttarife erhöhen will und diese Maßnahme damit motiviert, daß dieses Volkskommissariat für seine Arbeit bei der Getreideausfuhr auch an den Gewinnen teilnehmen müsse, die der Getreideexport mit sich bringe. — Anfang Juli ist bei der Moskauer Warenbörse eine Getreideabteilung eröffnet worden.

Mexiko.

Wils erschossen. Die Reuter aus Mexiko erklärt, h. der bekannte Rebellenführer Wilsa mit seinem Sekretär und drei anderen seiner Begleiter erschossen worden. Präsident Obregon hat angeordnet, Wilsa bei seinem Begräbnis militärische Ehren zu erteilen.